



## **Standard-Eurobarometer 80 Herbst 2013**

# **DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION**

## **ERSTE ERGEBNISSE**

Befragung: November 2013

Veröffentlichung: December 2013

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.  
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

**Standard-Eurobarometer 80 / Herbst 2013 – TNS opinion & social**

**Standard Eurobarometer 80  
Herbst 2013**

**Erste Ergebnisse**

Durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag  
der Europäischen Kommission,  
Generaldirektion Kommunikation

Umfrage koordiniert von der Europäischen Kommission,  
Generaldirektion Kommunikation  
(DG COMM, Referat „Strategie, Corporate Communication-  
Maßnahmen und Eurobarometer“)

## INHALT

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>3</b>
<b>I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN .....</b>	<b>6</b>
1. VERTRAUEN IN DIE NATIONALEN REGIERUNGEN, DIE NATIONALEN PARLAMENTE UND DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND.....	6
2. DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	7
3. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	8
4. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE .....	9
5. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	10
6. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE .....	11
<b>II. DIE WICHTIGSTEN SORGEN DER EUROPÄER .....</b>	<b>12</b>
1. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF NATIONALER EBENE .....	12
2. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE .....	13
3. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF PERSÖNLICHER EBENE.....	14
4. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF PERSÖNLICHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE .....	15
5. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE .....	17
6. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE.....	18
<b>III. DIE EUROPÄER UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE .....</b>	<b>19</b>
1. EINSCHÄTZUNG DER DERZEITIGEN SITUATION: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE .....	19
2. AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: TREND .....	20
3. AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNG .....	21
4. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE .....	23
5. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN 12 MONATE FÜR DIE NATIONALE WIRTSCHAFTLICHE LAGE: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNG.....	24
<b>IV. DIE KRISE.....</b>	<b>26</b>
1. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: TREND .....	26
2. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: NATIONALE ERGEBNISSE .....	27
3. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND.....	28
4. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN .....	29
5. AUF WELCHEM NIVEAU KANN DIE KRISE AM WIRKSAMSTEN BEKÄMPFT WERDEN?.....	31

<b>V. EUROPA 2020 .....</b>	<b>32</b>
1. WICHTIGKEIT DER INITIATIVEN IM RAHMEN DER STRATEGIE EUROPA 2020 .....	32
2. DIE ZIELE DER STRATEGIE EUROPA 2020 .....	34
3. GESAMTEINDRUCK.....	35
<b>VI. DIE EUROPÄISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT.....</b>	<b>36</b>
1. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: TREND .....	36
2. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: NATIONALE ERGEBNISSE ..	37
3. KENNTNIS DER RECHTE: TRENDS .....	38
4. KENNTNIS DER RECHTE: NATIONALE ERGEBNISSE .....	39
5. INFORMATION ÜBER DIE RECHTE DER EU-BÜRGER: TRENDS .....	40
6. INFORMATIONEN ÜBER DIE RECHTE DER EU-BÜRGER: NATIONALE ERGEBNISSE .....	41
7. DIE POSITIVSTEN ERRUNGENSCHAFTEN DER EU.....	42
<b>SCHLUSSFOLGERUNG .....</b>	<b>43</b>

## **ANHANG**

### **TECHNISCHE HINWEISE**

## EINLEITUNG

Dieser Bericht präsentiert die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Befragung 80, die zwischen dem 2. und 17. November 2013 in 34 Ländern oder Gebieten durchgeführt wurde<sup>1</sup>: den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union<sup>2</sup>, den fünf Kandidatenländern (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Island, Montenegro und Serbien) und der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird.

Dieser Bericht zu den „Ersten Ergebnissen“ bietet eine Auswahl von Daten zu verschiedenen Themen, wie z. B. der Wirtschaft und der politischen Situation in Europa. Er wird zusammen mit den Ergebnissen für die Standard-Eurobarometer-Fragen zur Wirtschaftskrise sowie zu anderen politischen Trends in der EU veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

Bei der letzten Standard-Eurobarometer-Befragung im Frühjahr 2013 (EB79) beherrschten relativ stabile Indikatoren zur Entwicklung der aktuellen wirtschaftlichen Lage das Bild. Gleichzeitig ging der Anteil der Europäer, die pessimistisch auf die nächsten 12 Monate blickten, zurück.

Einige Tage nach Beginn der Erhebung für die vorliegende Befragung veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Wirtschaftsprognose für den Herbst 2013<sup>3</sup>. Das Wachstum in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 wird den Erwartungen der Prognose zufolge im Vergleich zum selben Zeitraum 2012 0,5% betragen, womit sich für das gesamte Jahr 2013 ein BIP-Wachstum von 0% in der EU und von -0,4% in der Eurozone ergibt. Für 2014 wird eine in der EU um 1,4% und in der Eurozone um 1,1 % steigende Wirtschaftsaktivität prognostiziert. Die Statistiken zur Arbeitslosigkeit wurden am 31. Oktober 2013 veröffentlicht<sup>4</sup>. Im September 2013 blieb die Arbeitslosenquote der EU28 im Vergleich zum August 2013 unverändert. Sie ist jedoch seit September 2012 in der Eurozone von 11.6% auf 12.2% und in den EU28 von 10.6% auf 11% gestiegen.

Seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 (EB79) wurden in Deutschland, Österreich, Luxemburg und der Tschechischen Republik nationale Wahlen abgehalten. In allen vier Ländern dauerten die Verhandlungen über die Regierungsbildung zum Zeitpunkt der Erhebung noch an.

---

<sup>1</sup> Die genauen Daten zu den Erhebungen in den einzelnen Mitgliedstaaten entnehmen Sie bitte den technischen Hinweisen.

<sup>2</sup> Es handelt sich um das erste Standard-Eurobarometer seit dem Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli 2013. Die Ergebnisse für die EU in diesem Bericht drücken daher die durchschnittlichen Ergebnisse für die 28 Mitgliedstaaten aus.

<sup>3</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu/forecasts/2013\\_autumn\\_forecast\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2013_autumn_forecast_en.htm), published 5 November 2013

<sup>4</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-31102013-BP/EN/3-31102013-BP-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31102013-BP/EN/3-31102013-BP-EN.PDF)

Dieser Bericht konzentriert sich auf die Ergebnisse für die 28 EU-Mitgliedstaaten und ist in sechs Teile gegliedert. Der erste Teil analysiert, wie die Europäer ihre politischen Institutionen wahrnehmen: nationale Regierungen, nationale Parlamente sowie die EU und ihre Institutionen. Der zweite Teil widmet sich den wichtigsten Sorgen der Europäer auf persönlicher, nationaler und europäischer Ebene sowie ihren Erwartungen an die nächsten zwölf Monate. Anschließend betrachtet der Bericht, wie die Befragten die aktuelle wirtschaftliche Lage wahrnehmen. Der vierte Berichtsteil befasst sich mit dem Euro und den durch die Krise aufgeworfenen Problemen. Im fünften Teil wird untersucht, wie die Europäer die verschiedenen Initiativen der Strategie Europa 2020 bewerten und ob sie meinen, dass die Europäische Union sich in die richtige Richtung zur Überwindung der Krise bewegt. Der letzte Teil des Berichts widmet sich der europäischen Staatsbürgerschaft.

Da diese Fragen bereits bei vorausgegangenen Standard-Eurobarometer-Befragungen gestellt wurden, werden auch die Meinungstrends analysiert.

Bei der Befragung wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“) für Umfragen des Standard-Eurobarometers angewandt<sup>5</sup>. Diesem Bericht sind als Anhang technische Hinweise zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigefügt. Darin werden auch die Konfidenzintervalle angegeben<sup>6</sup>.

Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
CZ	Tschechische Republik	LU	Luxemburg
BG	Bulgarien	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
HR	Kroatien	SI	Slowenien
IE	Irland	SK	Slowakei
IT	Italien	FI	Finnland
CY	Republik Zypern*	SE	Schweden
LT	Litauen	UK	Vereinigtes Königreich
CY (tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	EU28	Europäische Union – 28 Mitgliedstaaten
TR	Türkei	EUROZONE	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien**	NICHT-EUROZONE	BG, CZ, DK, LV, LT, HU, PL, RO, SE, UK, HR
IS	Island		
ME	Montenegro		
RS	Serbien		

\* Zypern als Ganzes ist einer der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der gemeinschaftliche Besitzstand („acquis communautaire“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU28-Durchschnitt einbezogen. Die Interviews, die in dem Teil des Landes durchgeführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, werden in der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: *Turkish Cypriot Community*, türkisch-zyprische Gemeinschaft] ausgewiesen.

\*\* Vorläufige Abkürzung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird

\* \* \* \* \*

*Wir möchten allen Befragten in ganz Europa danken,  
die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen.  
Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Studie nicht möglich gewesen.*

<sup>5</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

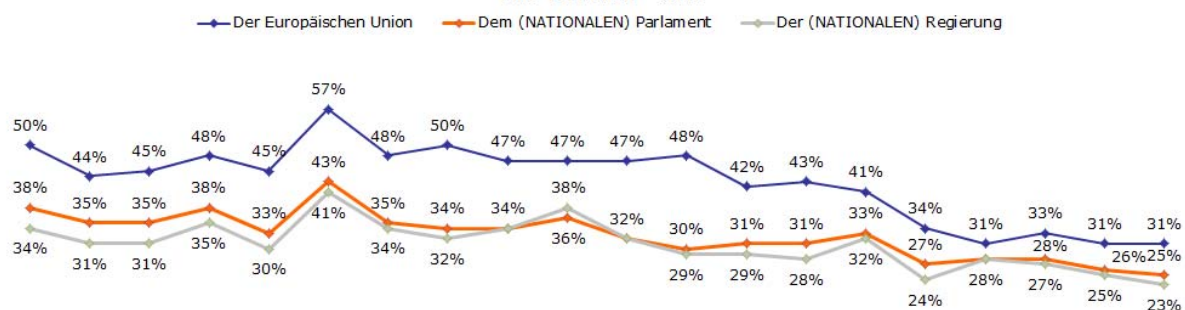
<sup>6</sup> Die Ergebnistabellen sind im Anhang aufgeführt. Es ist zu beachten, dass die in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Gesamtprozentzahlen 100% übersteigen können, wenn der Befragte die Möglichkeit hatte, bei einer Frage mehrere Antworten zu geben.

## I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN

### 1. VERTRAUEN IN DIE NATIONALEN REGIERUNGEN, DIE NATIONALEN PARLAMENTE UND DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND

Während das Vertrauen in nationale politische Institutionen weiter abnimmt (23%, -2 Prozentpunkte seit dem Frühjahr 2013 für nationale Regierungen; 25%, -1 für nationale Parlamente) bleibt das Vertrauen in die Europäische Union weiterhin auf einem etwas höheren Niveau (31%). Der Anteil der Europäer, die nationalen Regierungen (72%, +1) und nationalen Parlamenten (69%, +1) eher nicht vertrauen, hat zugenommen, während die Anzahl der Befragten, die der Europäischen Union nicht vertrauen, gesunken ist (58%, -2).

**QA10. Und wie ist es mit den folgenden Institutionen?**  
**Bitte sagen Sie mir, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?**  
 - Eher vertrauen - %EU



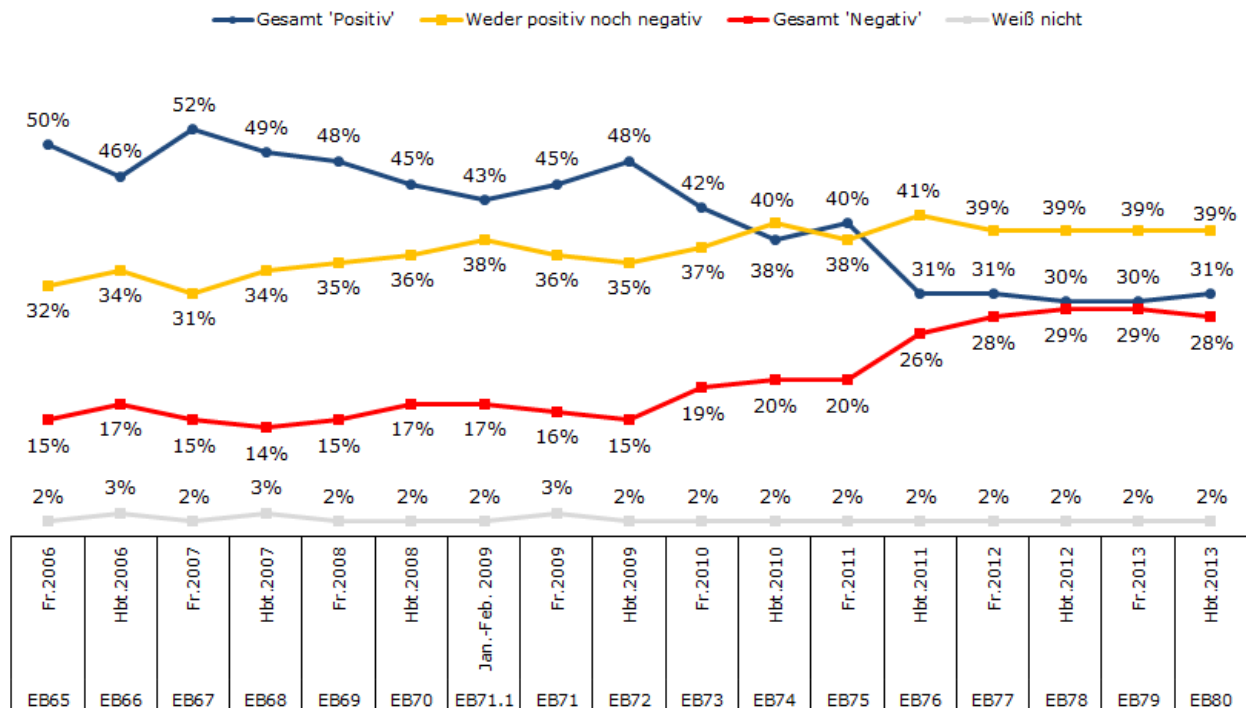
Hbt. 2004	Fr. 2005	Hbt. 2005	Fr. 2006	Hbt. 2006	Fr. 2007	Hbt. 2007	Fr. 2008	Hbt. 2008	Jan.-Feb. 2009	Fr. 2009	Hbt. 2009	Fr. 2010	Hbt. 2010	Fr. 2011	Hbt. 2011	Fr. 2012	Hbt. 2012	Fr. 2013	Hbt. 2013
EB62	EB63	EB64	EB65	EB66	EB67	EB68	EB69	EB70	EB71.1	EB71	EB72	EB73	EB74	EB75	EB76	EB77	EB78	EB79	EB80



## 2. DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Eine relative Mehrheit der Europäer hat ein neutrales Bild der EU (39%, unverändert seit dem Frühjahr 2013). Allerdings ist der Anteil der Befragten, die mit der EU ein positives Bild verbinden, leicht gestiegen (31%, +1), während die Zahl der Europäer, die ein negatives Bild von der EU haben, leicht gesunken ist (28%, -1).

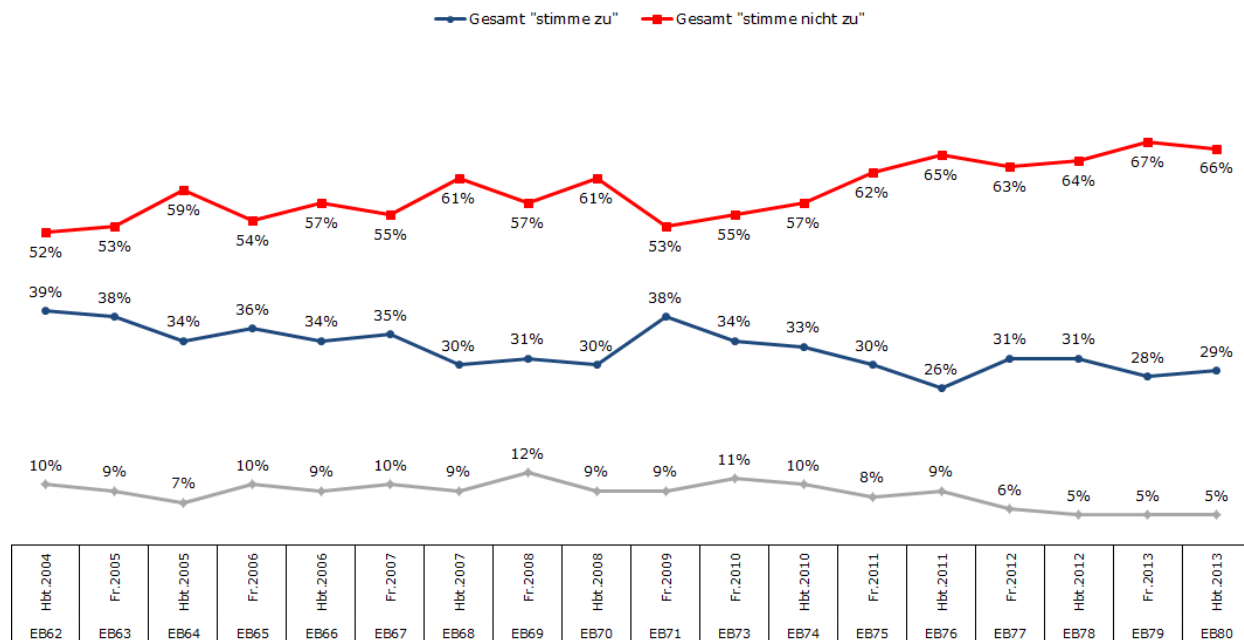
**QA11. Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor? - %EU**



### 3. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Zwei Drittel der Europäer sind der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt (66%, -1 Prozentpunkt seit Frühjahr 2013). Trotz eines Anstiegs dieses Anteils um einen Prozentpunkt seit dem Frühjahr 2013 sind weiterhin weniger als drei von zehn Europäern der Meinung, dass ihre Stimme in der EU zählt (29%).

QA19a.3. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?  
Meine Stimme zählt in der EU - %EU

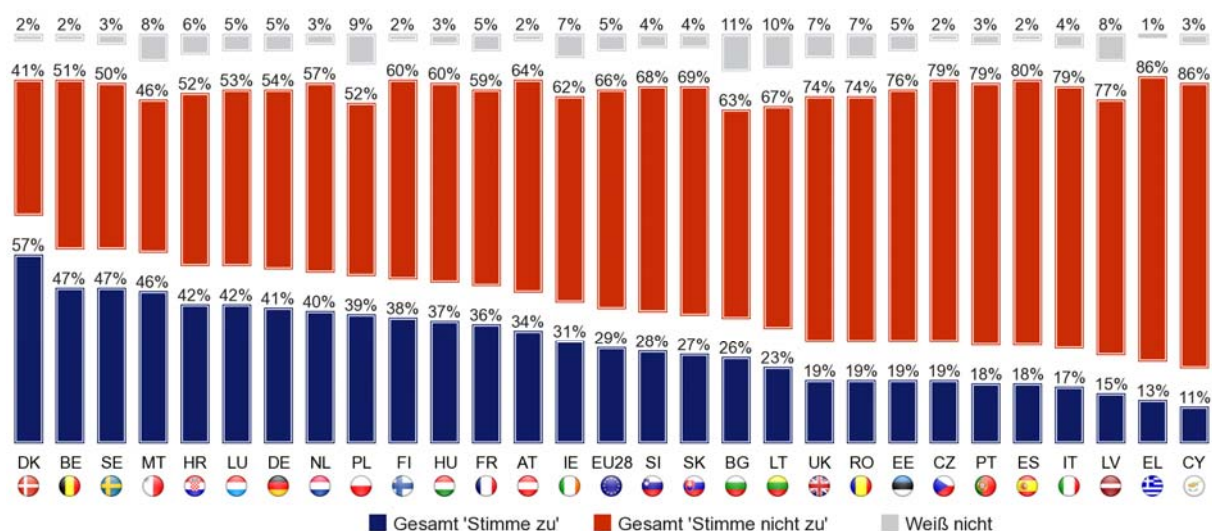


#### 4. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

Die Meinung der Befragten in Dänemark unterscheidet sich von den Ansichten der übrigen Europäer: eine absolute Mehrheit der dänischen Befragten glaubt, dass ihre Stimme in der EU zählt (57% gegenüber 41%). In sieben weiteren Ländern sind 40% oder mehr der Befragten ebenfalls dieser Ansicht: in Belgien (47%), in Schweden (47%), auf Malta (46%), in Kroatien (42%), in Luxemburg (42%), in Deutschland (41%) und in den Niederlanden (40%). In 26 Ländern glaubt eine absolute Mehrheit der Befragten hingegen, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt, wobei sich die Anteile zwischen 50% in Schweden sowie 51% in Belgien und 86% auf Zypern sowie in Griechenland bewegen. Auf Malta sind die Bürger in zwei gleich große Lager gespalten: 46% denken, dass ihre Stimme zählt, weitere 46% stimmen dieser Aussage nicht zu.

QA19a.3. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

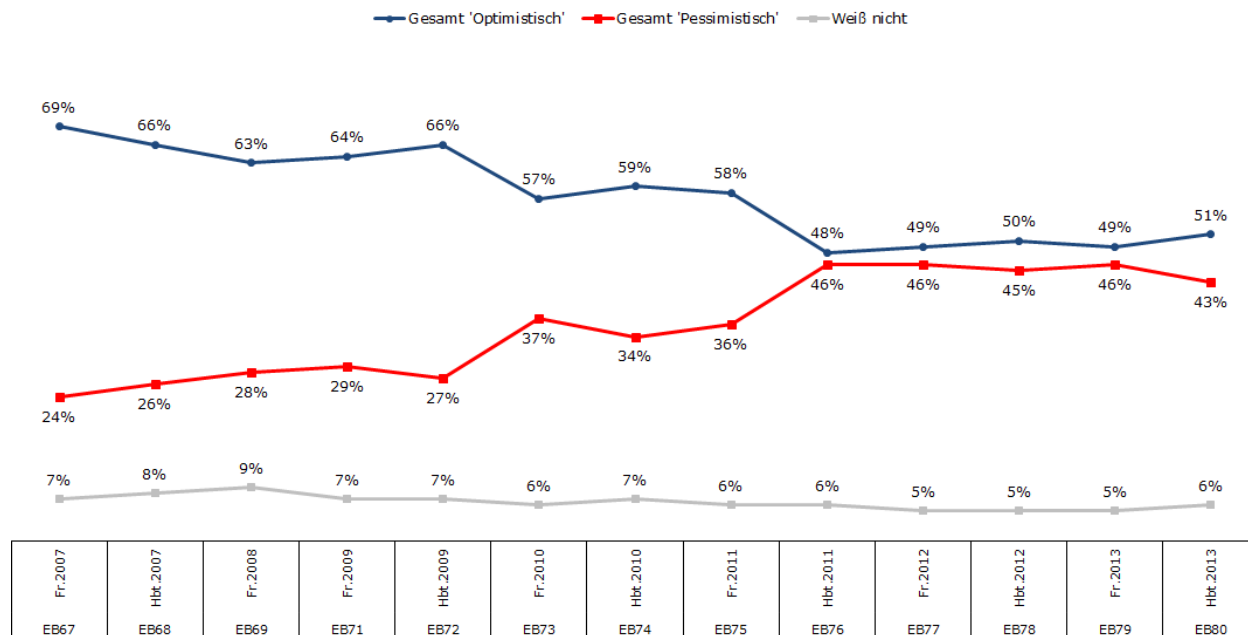
Meine Stimme zählt in der EU



## 5. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

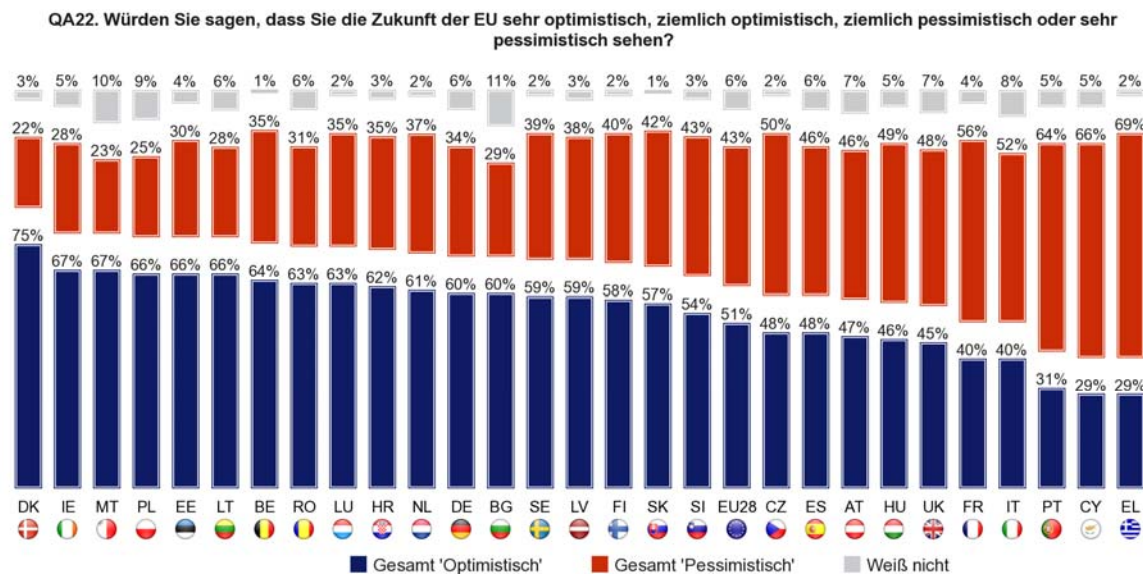
Mehr als die Hälfte der Europäer blickt optimistisch in die Zukunft der EU (51%, +2 Prozentpunkte seit dem Frühjahr 2013). Gleichzeitig hat der Anteil der pessimistischen Sichtweisen abgenommen (43%, -3). Zwischen den Anteilen der Optimisten und der Pessimisten liegen nunmehr acht Prozentpunkte. Es handelt sich hierbei um die größte Differenz seit dem Frühjahr 2011.

QA22 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen? - %EU



## 6. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

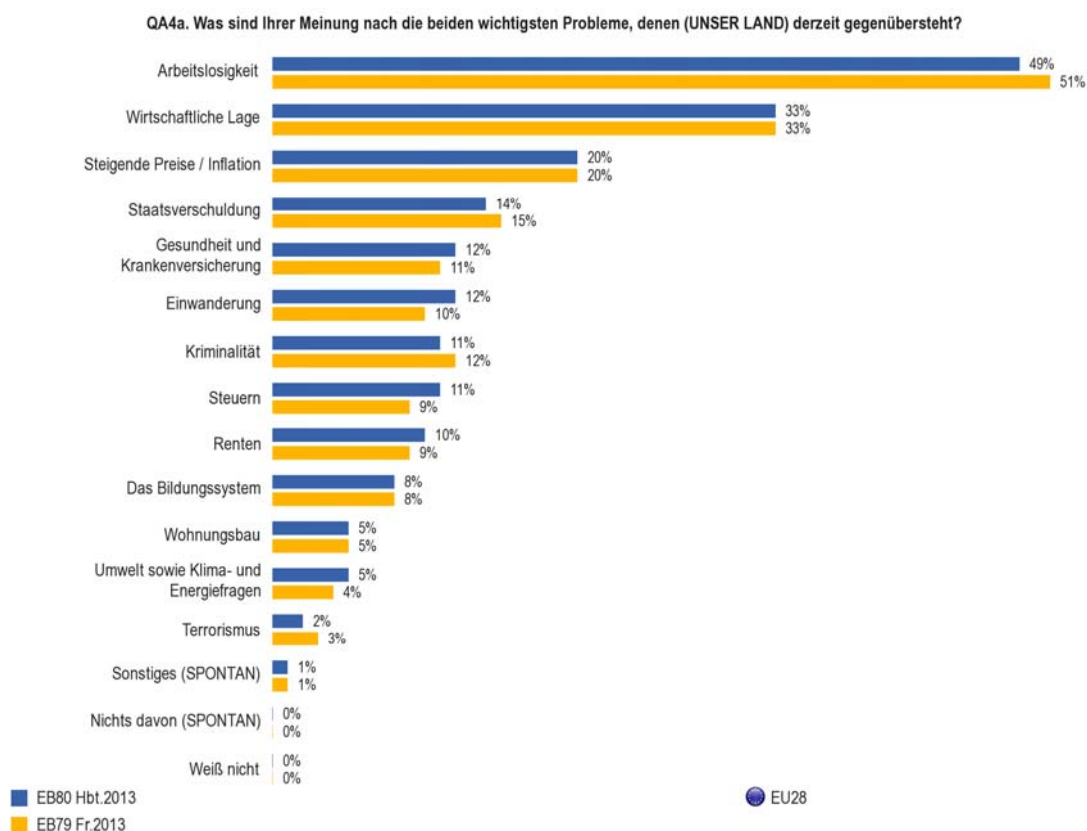
In 20 Ländern gibt eine Mehrheit der Befragten an, sie sehe die Zukunft der EU optimistisch (gestiegen von 19 Ländern im Frühjahr 2013). Derzeit blicken in sechs Ländern mindestens zwei Drittel der Befragten optimistisch in die Zukunft der EU: zu Dänemark, das im Frühjahr 2013 noch das einzige Land in dieser Position war (75%, +3), gesellen sich Irland (67%, +9), Malta (67%, +4), Polen (66%, +3), Estland (66%, +2) und Litauen (66%, +2). Insgesamt ist der Anteil der optimistischen Sichtweisen in 22 Mitgliedstaaten gestiegen: abgesehen von einem Zuwachs um neun Prozentpunkte in Irland sind auch für Spanien (48%, +8) und die Tschechische Republik (48%, +6) hohe Zunahmen zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu blickt in acht Mitgliedstaaten die Mehrheit der Befragten pessimistisch in die Zukunft. Es handelt sich um Griechenland, Zypern, Portugal, Frankreich, Italien, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Tschechische Republik. In vier Mitgliedstaaten ist der Anteil der Optimisten gesunken, nämlich in Frankreich (40%, -4), Italien (40%, -4), Österreich (47%, -1) und Griechenland (29%, -1).



## II. DIE WICHTIGSTEN SORGEN DER EUROPÄER

### 1. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF NATIONALER EBENE

Die Arbeitslosigkeit bleibt die größte Sorge der Europäer auf nationaler Ebene: nahezu die Hälfte der Befragten nennt diese Antwortmöglichkeit (49%, -2 Prozentpunkte, der Anteil dieses Items hat sich somit zum ersten Mal seit dem Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2011, EB76, verringert). Die Arbeitslosigkeit platziert sich aber weit vor der wirtschaftlichen Lage (33%, unverändert), steigenden Preisen/Inflation (20%, unverändert) und der Staatsverschuldung (14%, -1), worin sich zeigt, dass wirtschaftliche Fragen weiterhin im Vordergrund stehen. Insgesamt sind die Ergebnisse seit dem Frühjahr 2013 stabil, die erhobenen Veränderungen entsprechen höchstens zwei Prozentpunkten. Abgesehen vom um zwei Prozentpunkte sinkenden Anteil der Arbeitslosigkeit lässt sich auch ein neuerlicher Anstieg um zwei Prozentpunkte für die Frage der Einwanderung (12%) beobachten, der auf einen ersten Zuwachs von zwei Prozentpunkten zwischen Herbst 2012 und Frühjahr 2013 folgt. Steuern werden ebenfalls häufiger genannt als im Frühjahr 2013 (11%, +2).






## 2. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

In einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten betrachten die Befragten die Arbeitslosigkeit als das wichtigste Problem, mit dem ihr Land konfrontiert ist. Trotz eines leichten Rückgangs auf EU-Ebene ist die Arbeitslosigkeit derzeit die meistgenannte Antwort in 22 Ländern. Im Frühjahr 2013 waren es 21 Länder. Aus Sicht der Niederländer (53%) und der Rumänen (41%) ist die nationale Wirtschaftslage das größte Problem. In Estland (50%), Litauen (40%) und Deutschland (25%) steht die Inflation an erster Stelle. Zum ersten Mal seit Herbst 2010, als dieses Item erstmals abgefragt wurde, ist es in Deutschland nicht mehr die Staatsverschuldung, die den ersten Platz belegt<sup>7</sup>. Malta hebt sich auch bei dieser Befragung von den übrigen Mitgliedstaaten ab, denn es ist das einzige Land, in dem die wichtigste Sorge der Befragten nicht in direktem Zusammenhang mit der Wirtschaft steht (Einwanderung, 63%, nach einem Anstieg um 34 Prozentpunkte) und die Arbeitslosigkeit nicht zu den drei meistgenannten Antworten zählt.

QA4a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

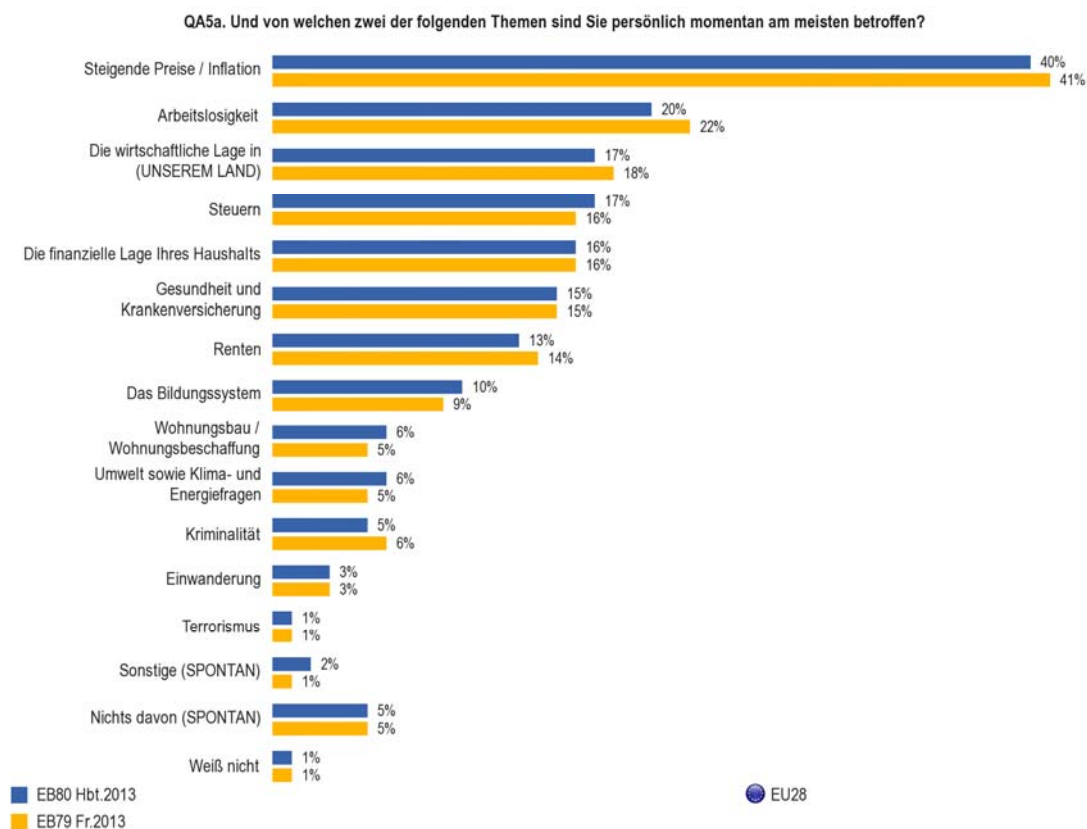
	Arbeitslosigkeit	Wirtschaftliche Lage	Steigende Preise / Inflation	Staatsverschuldung	Gesundheit und Krankenversicherung	Einwanderung	Kriminalität	Steuern	Renten	Das Bildungssystem	Wohnungsbau	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Terrorismus
EU28	49%	33%	20%	14%	12%	12%	11%	11%	10%	8%	5%	5%	2%
BE	43%	30%	18%	18%	6%	16%	17%	17%	13%	4%	6%	5%	1%
BG	50%	43%	19%	1%	22%	23%	16%	2%	8%	4%	1%	2%	1%
CZ	46%	35%	30%	21%	13%	2%	13%	6%	16%	2%	3%	3%	1%
DK	45%	36%	7%	6%	22%	17%	19%	5%	3%	16%	2%	15%	2%
DE	20%	13%	25%	23%	12%	16%	12%	7%	19%	20%	7%	15%	2%
EE	31%	33%	50%	1%	25%	2%	7%	10%	13%	10%	0%	2%	0%
IE	65%	40%	13%	16%	15%	9%	14%	13%	3%	4%	4%	1%	1%
EL	65%	52%	7%	15%	8%	5%	13%	20%	3%	2%	1%	0%	3%
ES	74%	48%	9%	7%	11%	2%	6%	5%	6%	8%	4%	1%	1%
FR	59%	37%	15%	13%	7%	12%	16%	13%	8%	5%	6%	5%	1%
HR	74%	47%	13%	18%	3%	1%	25%	3%	5%	1%	1%	0%	0%
IT	56%	42%	22%	11%	3%	8%	6%	27%	4%	1%	2%	1%	1%
CY	77%	74%	5%	11%	1%	5%	9%	5%	1%	1%	1%	1%	0%
LV	48%	37%	26%	5%	18%	11%	6%	19%	10%	7%	2%	0%	0%
LT	37%	31%	40%	8%	9%	8%	19%	23%	7%	4%	2%	3%	0%
LU	49%	20%	15%	12%	4%	11%	9%	7%	7%	13%	38%	5%	1%
HU	53%	36%	29%	11%	15%	2%	15%	6%	7%	3%	5%	2%	1%
MT	11%	19%	19%	15%	11%	63%	9%	6%	13%	3%	6%	15%	1%
AT	35%	28%	31%	24%	11%	13%	10%	9%	12%	14%	3%	5%	2%
NL	48%	53%	7%	13%	31%	4%	10%	6%	11%	7%	3%	4%	1%
PL	63%	23%	32%	12%	17%	3%	4%	6%	11%	2%	3%	1%	1%
PT	71%	39%	22%	14%	9%	1%	3%	14%	8%	3%	1%	0%	1%
RO	33%	41%	34%	8%	18%	1%	18%	12%	14%	8%	4%	1%	1%
SI	50%	46%	10%	18%	6%	0%	17%	30%	6%	2%	1%	1%	0%
SK	61%	34%	32%	11%	18%	1%	8%	6%	9%	4%	4%	3%	1%
FI	49%	32%	12%	26%	34%	5%	5%	6%	8%	4%	4%	8%	0%
SE	57%	18%	1%	1%	35%	13%	9%	3%	4%	31%	5%	21%	1%
UK	35%	23%	18%	14%	15%	33%	15%	6%	8%	7%	10%	6%	4%

 Am häufigsten erwähnte Antwort  
 Am zweithäufigsten erwähnte Antwort  
 Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

<sup>7</sup> Standard-Eurobarometer 74

### 3. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF PERSÖNLICHER EBENE

Die wichtigsten persönlichen Probleme der Europäer zeigen sich im Vergleich zum Frühjahr 2013 nahezu unverändert: Zwar geht der Anteil des Items „Steigende Preise/Inflation“ nach einem ersten Absinken um drei Prozentpunkte im Frühjahr 2013 weiterhin leicht zurück, es handelt sich aber noch immer um die bei weitem wichtigste Sorge der Europäer hinsichtlich ihrer persönlichen Situation (40%, -1). Die Arbeitslosigkeit erfährt als einziges Item eine Veränderung im Umfang von zwei Prozentpunkten (20%, -2) im Vergleich zum Frühjahr 2013. Die Ergebnisse zu den übrigen Antworten bleiben unverändert bzw. fast unverändert (Veränderung um maximal einen Prozentpunkt).





































#### 4. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF PERSÖNLICHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

Wie die Sorgen im Hinblick auf die nationale Ebene, werden auch die persönlichen Sorgen der Europäer überall in der EU von Wirtschaftsthemen bestimmt: In fast allen Ländern steht mindestens eins der drei meistgenannten Probleme, mit denen sich die Befragten konfrontiert sehen, im Zusammenhang mit der Wirtschaft. Die Inflation beherrscht die Hierarchie der wichtigsten persönlichen Sorgen der Europäer: in 20 Ländern ist sie die am häufigsten genannte Antwort. In Dänemark (19%), Irland (33%) und Spanien (39%) steht die Arbeitslosigkeit an erster Stelle. In Griechenland sind die Steuern die wichtigste persönliche Sorge der Befragten (36%). Die finanzielle Situation des Haushalts ist die meistgenannte Antwort in Bulgarien (35%, gleichauf mit der Inflation) und auf Zypern (43%). Die Antwort „Gesundheit und Krankenversicherung“, die auf EU-Ebene lediglich Platz sechs erreicht, ist die wichtigste persönliche Sorge in drei Ländern, nämlich in den Niederlanden (30%), in Finnland (39%) und in Schweden (43%). Schweden ist das einzige Land, in dem keines der drei wichtigsten persönlichen Probleme in Zusammenhang mit der Wirtschaft steht. Neben Gesundheit und Krankenversicherung belegen das Bildungssystem (35%) und Umwelt- sowie Klima- und Energiefragen (24%) die ersten drei Plätze.

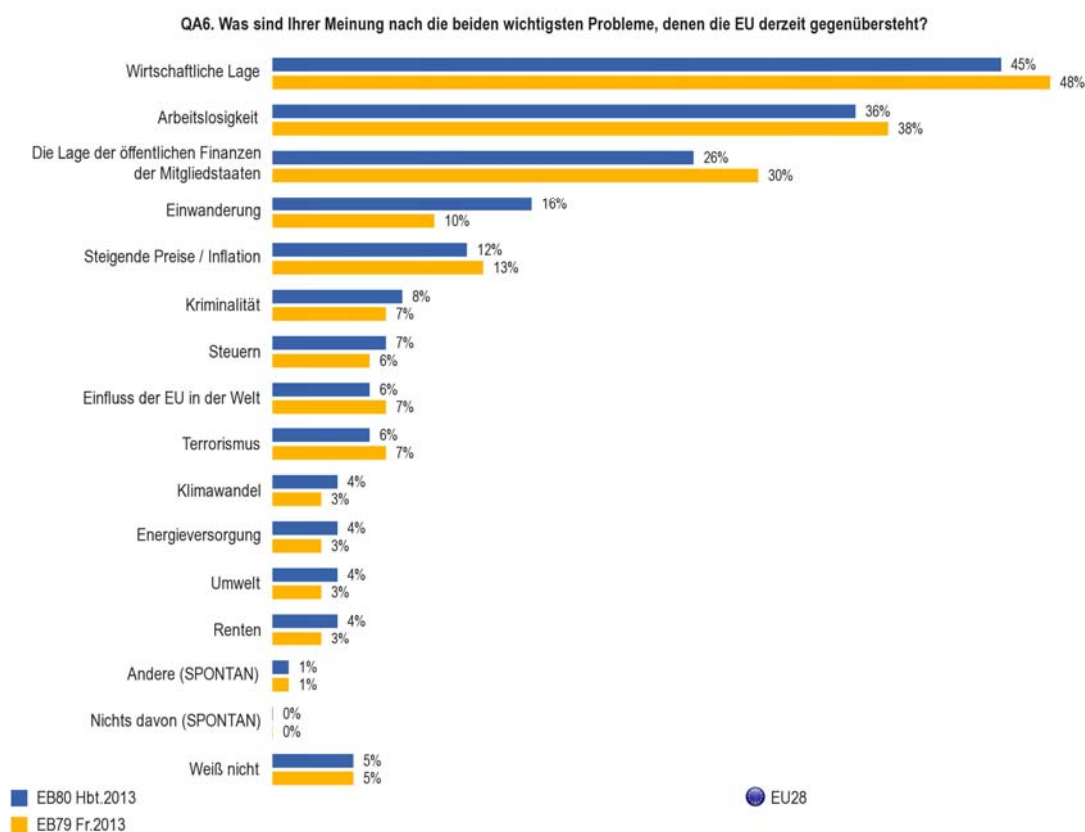
QA5a Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

		Steigende Preise / Inflation	Arbeitslosigkeit	Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)	Steuern	Die finanzielle Lage Ihres Haushalts	Gesundheit und Krankenversicherung	Renten	Das Bildungssystem	Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Kriminalität	Einwanderung	Terrorismus
	EU28	40%	20%	17%	17%	16%	15%	13%	10%	6%	6%	5%	3%	1%
	BE	42%	16%	12%	22%	13%	7%	13%	8%	7%	12%	12%	5%	1%
	BG	35%	26%	28%	5%	35%	22%	15%	6%	1%	2%	7%	2%	1%
	CZ	57%	11%	11%	9%	18%	19%	15%	7%	9%	5%	4%	2%	0%
	DK	18%	19%	15%	6%	15%	17%	13%	13%	5%	11%	9%	4%	1%
	DE	43%	11%	7%	11%	11%	14%	16%	15%	5%	11%	4%	3%	0%
	EE	57%	12%	14%	16%	17%	21%	18%	14%	4%	2%	2%	1%	0%
	IE	32%	33%	28%	21%	20%	15%	8%	10%	6%	2%	6%	4%	1%
	EL	28%	30%	29%	36%	25%	11%	13%	8%	0%	1%	6%	3%	2%
	ES	26%	39%	32%	12%	11%	15%	13%	13%	7%	1%	3%	1%	1%
	FR	45%	17%	13%	30%	18%	8%	14%	9%	6%	6%	9%	4%	0%
	HR	45%	30%	23%	7%	26%	11%	15%	5%	5%	2%	3%	0%	0%
	IT	41%	25%	23%	38%	12%	5%	6%	4%	2%	4%	5%	4%	3%
	CY	25%	38%	31%	12%	43%	6%	5%	6%	4%	2%	5%	2%	0%
	LV	43%	18%	21%	17%	19%	24%	10%	8%	8%	1%	2%	2%	0%
	LT	60%	18%	13%	37%	8%	13%	10%	5%	6%	2%	4%	2%	0%
	LU	28%	17%	13%	17%	10%	6%	11%	16%	18%	9%	8%	4%	2%
	HU	50%	24%	23%	8%	24%	14%	13%	7%	7%	3%	6%	0%	1%
	MT	41%	10%	10%	8%	9%	12%	14%	11%	4%	16%	4%	14%	1%
	AT	54%	12%	11%	11%	19%	17%	14%	9%	8%	6%	6%	4%	1%
	NL	22%	19%	22%	10%	21%	30%	16%	17%	6%	10%	5%	1%	1%
	PL	51%	22%	11%	8%	14%	16%	12%	7%	4%	2%	2%	2%	1%
	PT	47%	29%	22%	23%	19%	10%	14%	3%	1%	0%	1%	1%	1%
	RO	50%	20%	23%	17%	20%	19%	14%	9%	4%	3%	5%	2%	1%
	SI	29%	23%	21%	24%	15%	10%	17%	9%	6%	3%	2%	0%	0%
	SK	60%	16%	17%	7%	22%	18%	13%	8%	7%	4%	2%	0%	0%
	FI	27%	16%	20%	10%	19%	39%	14%	11%	13%	13%	3%	2%	0%
	SE	3%	16%	13%	6%	18%	43%	17%	35%	10%	24%	6%	5%	0%
	UK	40%	15%	13%	8%	21%	18%	16%	10%	9%	9%	4%	6%	2%

 Am häufigsten erwähnte Antwort  
 Am zweithäufigsten erwähnte Antwort  
 Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

## 5. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

Verglichen mit der nationalen und der persönlichen Ebene lassen sich bei der Bewertung der wichtigsten Probleme auf EU-Ebene deutlichere Veränderungen feststellen: die wirtschaftliche Lage belegt zwar weiter Platz eins, ihr Anteil geht jedoch um drei Prozentpunkte zurück und setzt somit den im Herbst 2011 begonnenen Abwärtstrend weiter fort (-14 Prozentpunkte, gesunken von 59% beim EB76 auf 45% bei der letzten Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013). Auch die Anteile der Arbeitslosigkeit (36%, -2) und der Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (26%, -4) nehmen im Vergleich zum Frühjahr 2013 ab. Die auffälligste Entwicklung ist bei der Einwanderung zu beobachten: Mit einem Anstieg der Nennungen um sechs Prozentpunkte beschleunigt sich der schon im Frühjahr 2013 mit einer Erhöhung um zwei Prozentpunkte begonnene Aufwärtstrend dieses Items.



## 6. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

Aus Sicht der Europäer stehen auch die drei wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht, im Zusammenhang mit der Wirtschaft: Die wirtschaftliche Lage ist in 22 Ländern das meistgenannte Problem und belegt in den sechs übrigen Mitgliedstaaten Platz zwei. Die Arbeitslosigkeit ist auf Zypern (61%), in Italien (49%) und in Luxemburg (48%) die wichtigste Sorge im Hinblick auf die EU. In Österreich, Deutschland und Finnland wird die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten als das wichtigste Problem betrachtet, dem die EU derzeit gegenübersteht. Die Einwanderung wird auf Malta sehr viel häufiger als im europäischen Durchschnitt erwähnt (40%, Platz zwei, im Vergleich zu 16% in der gesamten EU). Die Befragten in Italien sorgen sich besonders um die Steuern (21%, Platz drei, im Vergleich zu 7% auf EU-Ebene).

QA6 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

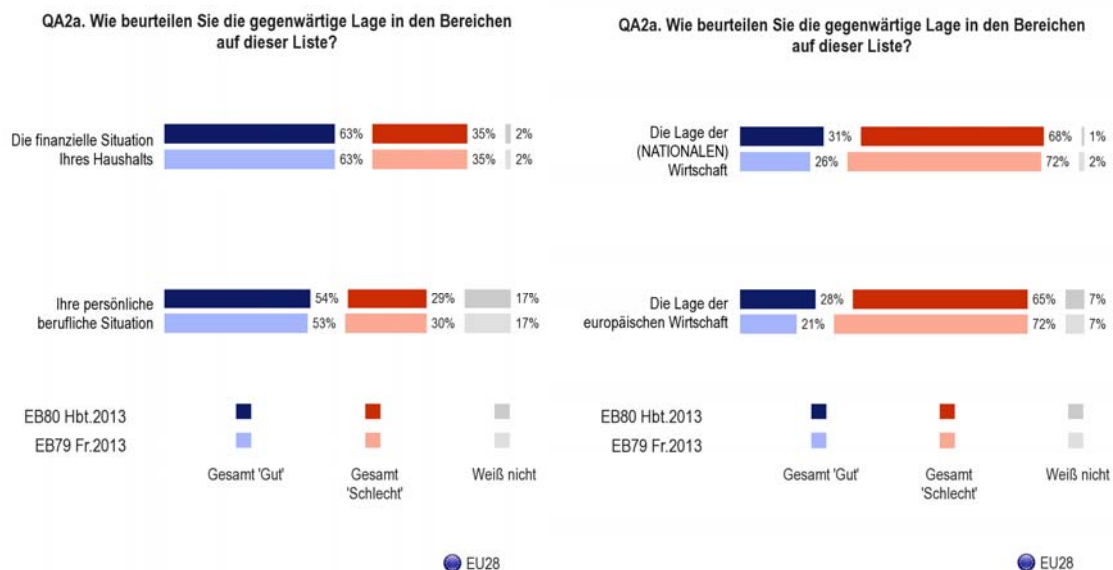
	Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Einwanderung	Steigende Preise / Inflation	Kriminalität	Steuern	Einfluss der EU in der Welt	Terrorismus	Klimawandel	Energieversorgung	Umwelt	Renten
EU28	45%	36%	26%	16%	12%	8%	7%	6%	6%	4%	4%	4%	4%
BE	48%	36%	26%	21%	11%	11%	6%	7%	7%	4%	4%	3%	7%
BG	53%	25%	14%	27%	8%	12%	1%	8%	17%	4%	3%	4%	1%
CZ	43%	28%	37%	13%	14%	7%	3%	10%	8%	2%	5%	5%	5%
DK	53%	49%	22%	19%	2%	10%	0%	6%	6%	12%	2%	10%	1%
DE	37%	32%	43%	22%	12%	9%	3%	5%	4%	7%	7%	3%	4%
EE	43%	19%	33%	22%	13%	7%	5%	8%	7%	2%	5%	4%	2%
IE	55%	53%	22%	8%	16%	7%	10%	6%	4%	2%	2%	4%	3%
EL	52%	46%	26%	15%	8%	11%	7%	10%	8%	1%	2%	3%	2%
ES	58%	46%	21%	8%	9%	5%	8%	5%	2%	2%	1%	1%	4%
FR	48%	33%	28%	23%	12%	5%	4%	8%	6%	4%	5%	10%	4%
HR	48%	46%	28%	10%	11%	14%	2%	4%	4%	5%	2%	2%	1%
IT	44%	49%	14%	16%	17%	6%	21%	4%	4%	1%	1%	2%	3%
CY	57%	61%	28%	12%	4%	15%	3%	4%	3%	2%	1%	2%	1%
LV	42%	22%	32%	20%	11%	8%	7%	5%	5%	3%	3%	3%	3%
LT	42%	26%	20%	14%	14%	13%	10%	3%	7%	4%	6%	2%	2%
LU	41%	48%	25%	18%	11%	10%	6%	6%	6%	6%	2%	3%	4%
HU	44%	32%	36%	10%	13%	9%	3%	8%	6%	5%	7%	3%	5%
MT	43%	31%	28%	40%	6%	11%	2%	4%	4%	3%	4%	3%	4%
AT	44%	32%	48%	18%	13%	6%	5%	8%	3%	5%	5%	5%	4%
NL	63%	39%	35%	12%	5%	7%	2%	11%	5%	4%	2%	4%	2%
PL	36%	32%	20%	9%	17%	5%	5%	5%	8%	4%	3%	4%	4%
PT	53%	48%	30%	3%	13%	5%	7%	3%	1%	1%	1%	0%	4%
RO	41%	26%	18%	12%	18%	19%	8%	9%	8%	4%	4%	4%	6%
SI	50%	41%	33%	10%	6%	13%	5%	5%	2%	3%	2%	2%	2%
SK	46%	36%	34%	8%	17%	9%	6%	9%	8%	3%	3%	6%	3%
FI	37%	34%	48%	11%	10%	8%	3%	11%	6%	11%	5%	7%	2%
SE	55%	36%	28%	16%	1%	4%	1%	7%	3%	21%	6%	18%	0%
UK	38%	27%	20%	23%	11%	8%	4%	7%	8%	4%	8%	2%	3%

Am häufigsten erwähnte Antwort  
 Am zweithäufigsten erwähnte Antwort  
 Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

### III. DIE EUROPÄER UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

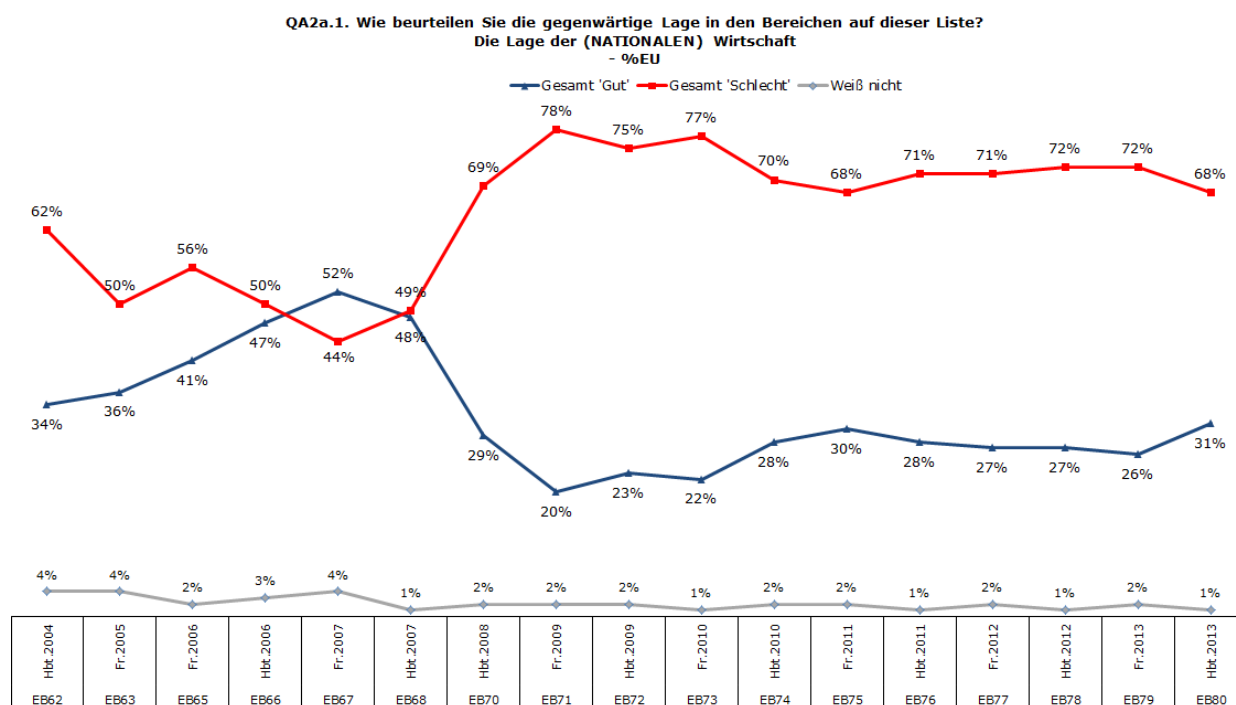
#### 1. EINSCHÄTZUNG DER DERZEITIGEN SITUATION: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE

Bei der Wahrnehmung der nationalen wirtschaftlichen Lage lassen sich positive Entwicklungen beobachten (insgesamt „gut“ +5 Prozentpunkte, insgesamt „schlecht“ -4). Dies trifft in noch höherem Maße auf die Wahrnehmung der Wirtschaftslage auf europäischer Ebene zu (insgesamt „gut“ +7, insgesamt „schlecht“ -7). Ihre persönliche Situation beurteilen die Befragten jedoch im Vergleich zur vorigen Befragung im Frühjahr 2013 nahezu identisch: fast zwei Drittel beschreiben die finanzielle Situation ihres Haushalts als „gut“ (63%, unverändert). 54% geben dies auch für ihre persönliche berufliche Situation an (+1).



## 2. AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: TREND

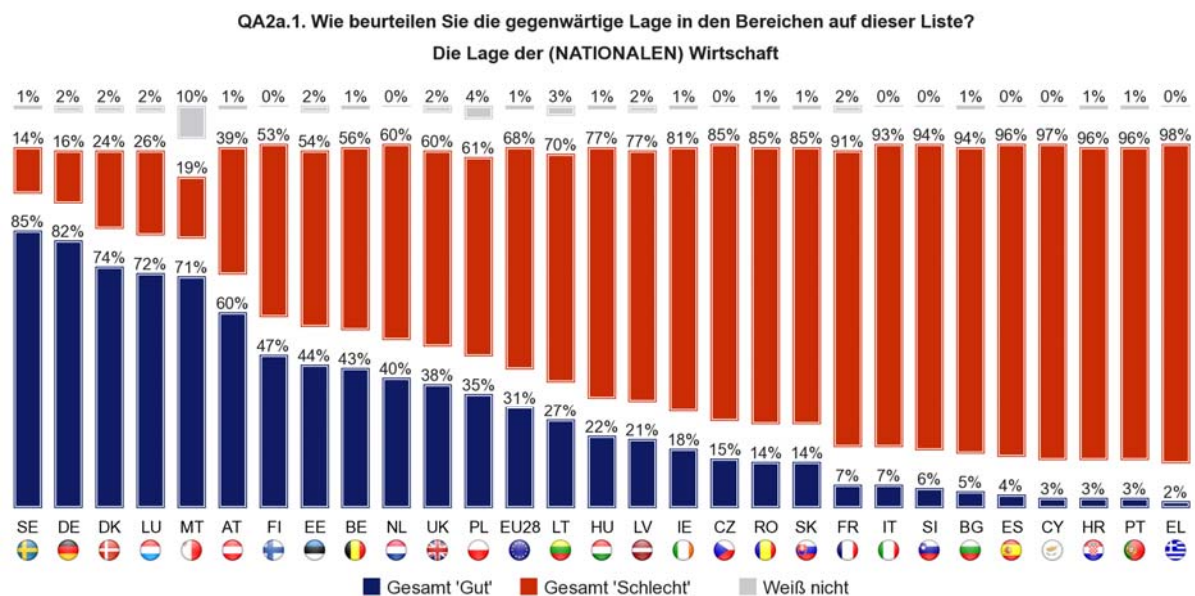
Die langfristige Analyse zeigt, dass trotz der positiven Entwicklung, die bei der aktuellen Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013 gemessen wurde, mehr als zwei Drittel der Europäer ihre nationale wirtschaftliche Lage zum mittlerweile 11. Mal in Folge als schlecht beurteilen. Allerdings steigt der Anteil der Europäer, die die wirtschaftliche Lage ihres Landes als gut bewerten, zum ersten Mal seit Herbst 2007 (EB68) auf über 30%.
































### 3. AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNG

Derzeit beurteilen mehr Europäer als im Frühjahr 2013 die wirtschaftliche Lage ihres Landes als „gut“, wobei sich jedoch die Bewertungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten vergrößert haben: Inzwischen liegen 83 Prozentpunkte zwischen Schweden, wo 85% der Befragten die wirtschaftliche Lage ihres Landes als gut bewerten, und Griechenland, wo lediglich 2% der Bevölkerung diese Ansicht teilen. Bisher betrugen die größten erhobenen Differenzen 79 Prozentpunkte (zwischen Schweden und Spanien) bei der Befragung im Frühjahr 2013 (EB79) und 74 Prozentpunkte (zwischen Schweden und Griechenland) bei der Befragung im Herbst 2012 (EB78). In Schweden, Deutschland, Dänemark, Luxemburg und Malta betrachten mehr als zwei Drittel der Befragten die wirtschaftliche Lage ihres Landes als gut (im Frühjahr 2013 traf dies nur auf drei Länder zu). Andererseits vertreten in neun Ländern weniger als 10% der Befragten diese Meinung (im Frühjahr 2013 waren es 11 Länder, Rumänien und Irland gehören nicht mehr zu dieser Gruppe).

In 20 Mitgliedstaaten ist der Anteil der Befragten, die die wirtschaftliche Lage ihres Landes als gut betrachten, seit dem Frühjahr 2013 gestiegen. Die deutlichsten positiven Entwicklungen lassen sich in Dänemark (74%, +16 seit Frühjahr 2013), im Vereinigten Königreich (38%, +14), in Polen (35%, +13) und in Irland (18%, +11) beobachten. Hingegen hat der Anteil derjenigen, die die wirtschaftliche Lage ihres Landes positiv bewerten, in fünf Ländern abgenommen, was sich am deutlichsten in Finnland (47%, -6) zeigt. Aufgrund dieser Entwicklung zählt Finnland nun zu der Gruppe von Ländern, in denen eine Mehrheit der Befragten die nationale wirtschaftliche Lage als „schlecht“ betrachtet.



QA2a.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?  
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft

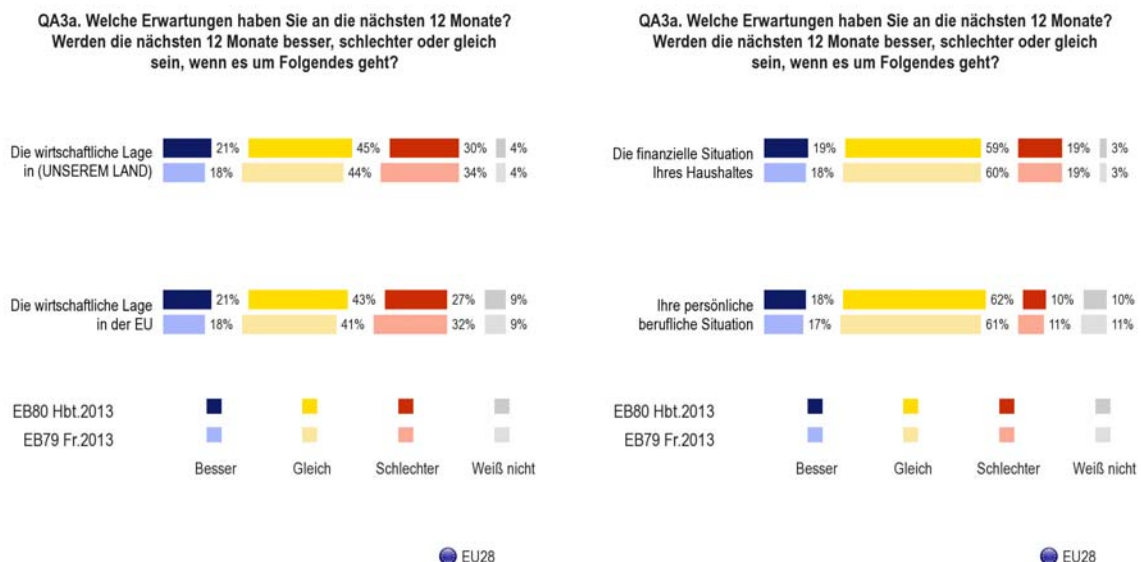
		Gesamt 'Gut'	Diff. Hbt.2013- Pr.2013	Gesamt 'Schlecht'	Diff. Hbt.2013- Pr.2013	Weiß nicht	Diff. Hbt.2013- Pr.2013
	EU28	31%	<b>+5</b>	68%	<b>-4</b>	1%	<b>-1</b>
	EURO-ZONE	30%	<b>+2</b>	69%	<b>-2</b>	1%	=
	NICHT EURO-ZONE	33%	<b>+10</b>	65%	<b>-10</b>	2%	=
	DK	74%	<b>+16</b>	24%	<b>-17</b>	2%	<b>+1</b>
	UK	38%	<b>+14</b>	60%	<b>-14</b>	2%	=
	PL	35%	<b>+13</b>	61%	<b>-14</b>	4%	<b>+1</b>
	IE	18%	<b>+11</b>	81%	<b>-11</b>	1%	=
	BE	43%	<b>+10</b>	56%	<b>-11</b>	1%	<b>+1</b>
	MT	71%	<b>+9</b>	19%	<b>-9</b>	10%	=
	HU	22%	<b>+7</b>	77%	<b>-7</b>	1%	=
	NL	40%	<b>+6</b>	60%	<b>-5</b>	0%	<b>-1</b>
	RO	14%	<b>+6</b>	85%	<b>-5</b>	1%	<b>-1</b>
	DE	82%	<b>+5</b>	16%	<b>-5</b>	2%	=
	SE	85%	<b>+5</b>	14%	<b>-5</b>	1%	=
	EE	44%	<b>+3</b>	54%	<b>-3</b>	2%	=
	ES	4%	<b>+3</b>	96%	<b>-3</b>	0%	=
	SK	14%	<b>+3</b>	85%	<b>-3</b>	1%	=
	BG	5%	<b>+2</b>	94%	<b>-1</b>	1%	<b>-1</b>
	SI	6%	<b>+2</b>	94%	<b>-2</b>	0%	=
	CZ	15%	<b>+1</b>	85%	<b>-1</b>	0%	=
	FR	7%	<b>+1</b>	91%	<b>-1</b>	2%	=
	CY	3%	<b>+1</b>	97%	<b>-1</b>	0%	=
	LV	21%	<b>+1</b>	77%	<b>-1</b>	2%	=
	EL	2%	=	98%	=	0%	=
	HR	3%	=	96%	<b>-1</b>	1%	<b>+1</b>
	IT	7%	=	93%	=	0%	=
	PT	3%	<b>-1</b>	96%	=	1%	<b>+1</b>
	LT	27%	<b>-2</b>	70%	<b>+1</b>	3%	<b>+1</b>
	LU	72%	<b>-3</b>	26%	<b>+2</b>	2%	<b>+1</b>
	AT	60%	<b>-3</b>	39%	<b>+3</b>	1%	=
	FI	47%	<b>-6</b>	53%	<b>+7</b>	0%	<b>-1</b>



#### 4. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE

Die kurzfristigen Erwartungen der Europäer im Hinblick auf die nationale und europäische Wirtschaftslage haben sich positiv entwickelt. Eine Mehrheit der Befragten geht weiterhin davon aus, dass die Situation im kommenden Jahr „gleich“ bleiben wird, und es ergeben sich hier nur wenige Veränderungen. Es lässt sich aber ein Anstieg der Nennungen der Antwort „besser“ und ein gleichzeitiger Rückgang der Nennungen von „schlechter“ verzeichnen. Dieses Phänomen zeigt sich sowohl auf nationaler („besser“ 21%, +3; „schlechter“ 30%, -4 seit dem Frühjahr 2013, -10 seit dem Herbst 2012) als auch auf europäischer Ebene („besser“ 21%, +3; „schlechter“ 27%, -5, -12). Somit steigt der Optimismus-Index<sup>8</sup> für die nächsten zwölf Monate im Vergleich zum Frühjahr 2013 (von -16 auf -9 für die Lage der nationalen Wirtschaft und von -14 auf -6 für die wirtschaftliche Lage Europas).

Betrachtet man die Erwartungen der Befragten hinsichtlich der finanziellen Situation ihres Haushalts und ihrer persönlichen beruflichen Situation, so zeigt sich die öffentliche Meinung im Vergleich zum Frühjahr 2013 nur wenig verändert: Etwa sechs von zehn Befragten gehen auch weiterhin davon aus, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts (59%, -1) und ihre persönliche berufliche Situation (62%, +1) in den nächsten 12 Monaten gleich bleiben werden. Bei beiden Aspekten ist der Anteil derjenigen, die glauben, dass die nächsten 12 Monate „besser“ sein werden, um 1 Prozentpunkt gestiegen (auf 19% bzw. 18%), während der Anteil der Befragten, die meinen, es würde „schlechter“ werden, bei der finanziellen Situation des Haushalts unverändert ist (19%) und bei der persönlichen beruflichen Situation leicht zurück geht (10%, -1).
































<sup>8</sup> Differenz zwischen dem Anteil der Antwort „besser“ und dem Anteil der Antwort „schlechter“.

## 5. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN 12 MONATE FÜR DIE NATIONALE WIRTSCHAFTLICHE LAGE: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNG

In 20 Mitgliedstaaten denkt eine Mehrheit der Befragten, dass die wirtschaftliche Lage ihres Landes in den nächsten 12 Monaten „gleich“ bleiben wird. In sechs EU-Mitgliedstaaten beantwortet die Mehrheit der Befragten die Frage nach ihren Erwartungen für die Entwicklung der nationalen Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten mit „schlechter“, nämlich auf Zypern (72%), in Griechenland (63%), in Portugal (57%), in Slowenien (56%), in Italien (44%) und in Kroatien (42%). Hingegen rechnet in zwei Ländern eine Mehrheit der Befragten damit, dass die nationale wirtschaftliche Lage „besser“ werden wird: auf Malta (42%) und in den Niederlanden (42%). Damit gibt es zum ersten Mal seit dem Frühjahr 2011 (EB75) Länder, in denen eine Mehrheit der Befragten damit rechnet, dass die nationale wirtschaftliche Lage sich in den nächsten 12 Monaten verbessern wird. Bei den Standard-Eurobarometer-Befragungen zwischen Herbst 2011 (EB76) und Frühjahr 2013 (EB79) war die Anzahl der Befragten, die optimistisch in das kommende Jahr blickten, in allen EU-Mitgliedstaaten stets niedriger als die Anzahl derjenigen, die glaubten, dass die Situation „gleich“ bleiben oder „schlechter“ werden wird.

Insgesamt ist der Anteil der optimistischen Erwartungen für die nationale Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten in 20 Ländern gestiegen, und zwar am deutlichsten in den Niederlanden (42%, +19 für die Antwort „besser“ seit dem Frühjahr 2013), in Dänemark (44%, +8) und in Irland (28%, +8). In acht anderen Ländern hat der Optimismus jedoch an Boden eingebüßt.

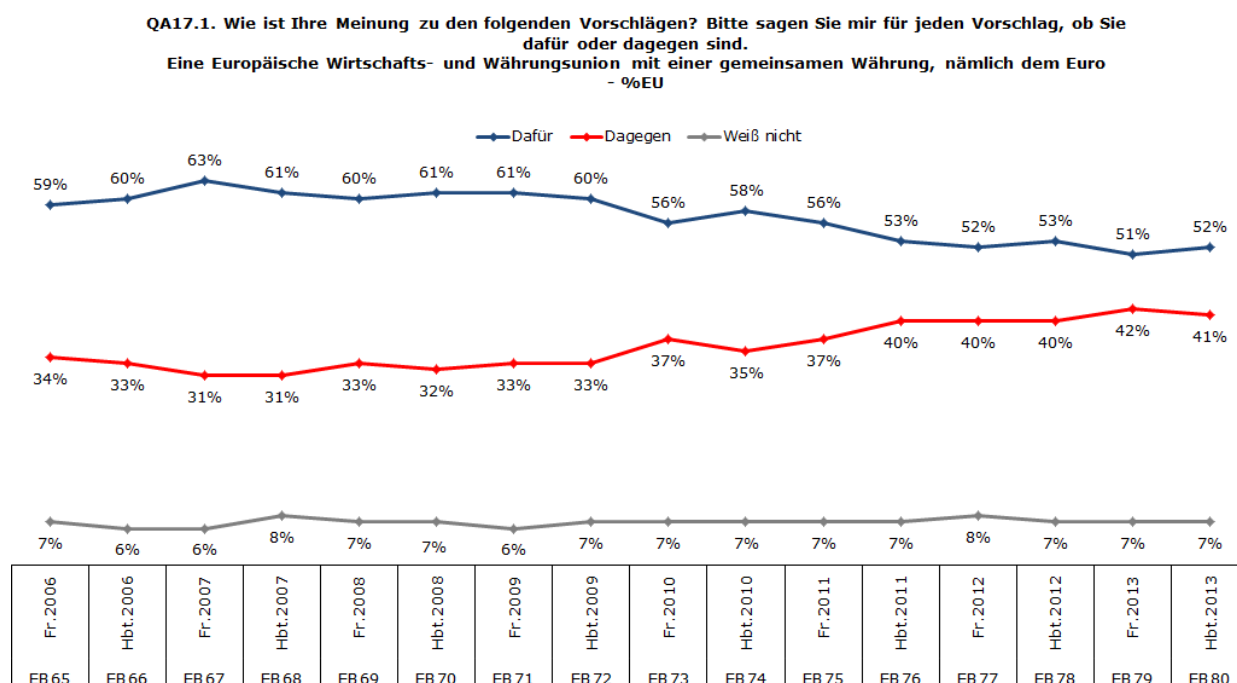
QA3a.2 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?  
Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)

		Besser	Unt. Hbt.2013- Fr.2013	Gleich	Unt. Hbt.2013- Fr.2013	Schlechter	Unt. Hbt.2013- Fr.2013	Weiß nicht	Unt. Hbt.2013- Fr.2013
	EU28	21%	<b>+3</b>	45%	<b>+1</b>	30%	<b>-4</b>	4%	<b>=</b>
	EURO-ZONE	19%	<b>+2</b>	45%	<b>+1</b>	32%	<b>-4</b>	4%	<b>+1</b>
	NICHT EURO-ZONE	24%	<b>+3</b>	44%	<b>-1</b>	28%	<b>-2</b>	4%	<b>=</b>
	NL	42%	<b>+19</b>	38%	<b>-6</b>	19%	<b>-13</b>	1%	<b>=</b>
	DK	44%	<b>+8</b>	49%	<b>-5</b>	6%	<b>-3</b>	1%	<b>=</b>
	IE	28%	<b>+8</b>	42%	<b>+4</b>	27%	<b>-13</b>	3%	<b>+1</b>
	MT	42%	<b>+7</b>	35%	<b>-2</b>	7%	<b>=</b>	16%	<b>-5</b>
	UK	33%	<b>+7</b>	40%	<b>-5</b>	24%	<b>-1</b>	3%	<b>-1</b>
	BE	26%	<b>+6</b>	48%	<b>+6</b>	26%	<b>-12</b>	0%	<b>=</b>
	HU	23%	<b>+6</b>	45%	<b>-2</b>	30%	<b>-4</b>	2%	<b>=</b>
	ES	20%	<b>+5</b>	49%	<b>+3</b>	29%	<b>-8</b>	2%	<b>=</b>
	FI	30%	<b>+5</b>	49%	<b>-5</b>	19%	<b>=</b>	2%	<b>=</b>
	PT	11%	<b>+4</b>	27%	<b>+2</b>	57%	<b>-5</b>	5%	<b>-1</b>
	DE	17%	<b>+3</b>	62%	<b>+3</b>	18%	<b>-5</b>	3%	<b>-1</b>
	AT	27%	<b>+3</b>	48%	<b>-3</b>	21%	<b>-1</b>	4%	<b>+1</b>
	PL	16%	<b>+3</b>	46%	<b>+4</b>	32%	<b>-8</b>	6%	<b>+1</b>
	SI	12%	<b>+3</b>	29%	<b>+4</b>	56%	<b>-8</b>	3%	<b>+1</b>
	SK	19%	<b>+3</b>	47%	<b>+3</b>	33%	<b>-5</b>	1%	<b>-1</b>
	EL	13%	<b>+2</b>	24%	<b>-2</b>	63%	<b>+1</b>	0%	<b>-1</b>
	FR	19%	<b>+2</b>	40%	<b>+1</b>	37%	<b>-2</b>	4%	<b>-1</b>
	RO	21%	<b>+2</b>	38%	<b>-6</b>	34%	<b>+3</b>	7%	<b>+1</b>
	CZ	12%	<b>+1</b>	51%	<b>+8</b>	36%	<b>-9</b>	1%	<b>=</b>
	EE	30%	<b>+1</b>	52%	<b>=</b>	15%	<b>-1</b>	3%	<b>=</b>
	HR	19%	<b>-1</b>	38%	<b>-1</b>	42%	<b>+3</b>	1%	<b>-1</b>
	LU	17%	<b>-2</b>	47%	<b>+2</b>	28%	<b>-6</b>	8%	<b>+6</b>
	BG	12%	<b>-3</b>	47%	<b>+5</b>	32%	<b>=</b>	9%	<b>-2</b>
	CY	7%	<b>-4</b>	19%	<b>+1</b>	72%	<b>+5</b>	2%	<b>-2</b>
	LV	22%	<b>-4</b>	54%	<b>=</b>	20%	<b>+4</b>	4%	<b>=</b>
	SE	23%	<b>-4</b>	61%	<b>+6</b>	13%	<b>-3</b>	3%	<b>+1</b>
	IT	15%	<b>-5</b>	35%	<b>+1</b>	44%	<b>+3</b>	6%	<b>+1</b>
	LT	24%	<b>-6</b>	52%	<b>+2</b>	20%	<b>+5</b>	4%	<b>-1</b>

## IV. DIE KRISE

### 1. BEFÜRWORTUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: TREND

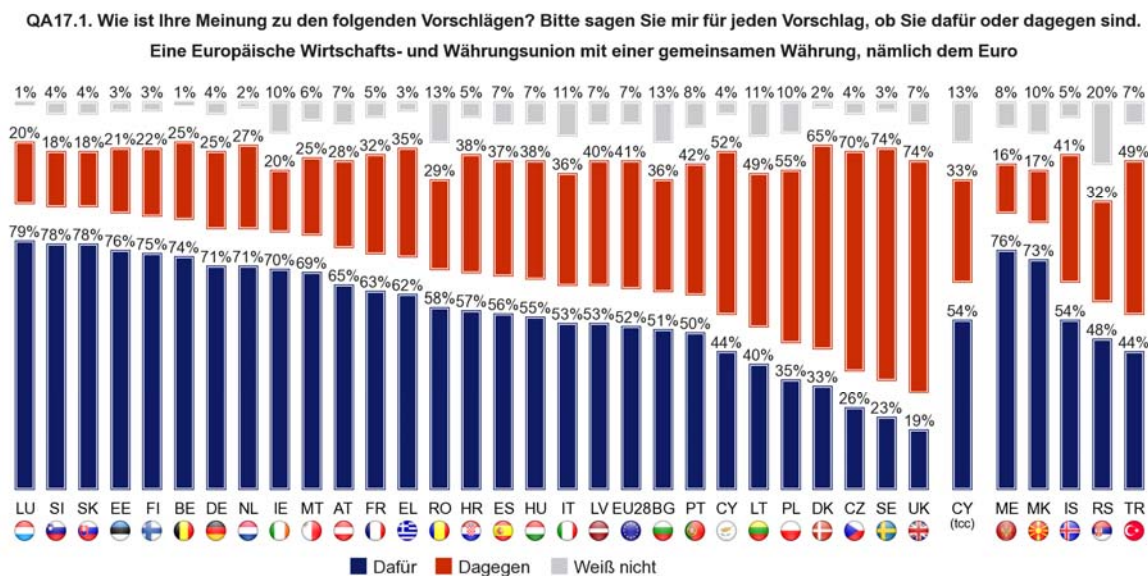
Die Unterstützung für eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro, zeigt sich beinahe unverändert. Mehr als die Hälfte der Europäer sprechen sich dafür aus (52%, +1 seit dem Frühjahr 2013), 41% sind dagegen (-1). Es handelt sich hierbei um den ersten – wenn auch minimalen – Rückgang von den gegenüber dem Euro ablehnenden Haltungen seit dem Standard-Eurobarometer vom Herbst 2010 (EB74).



## 2. BEFÜRWORTUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: NATIONALE ERGEBNISSE

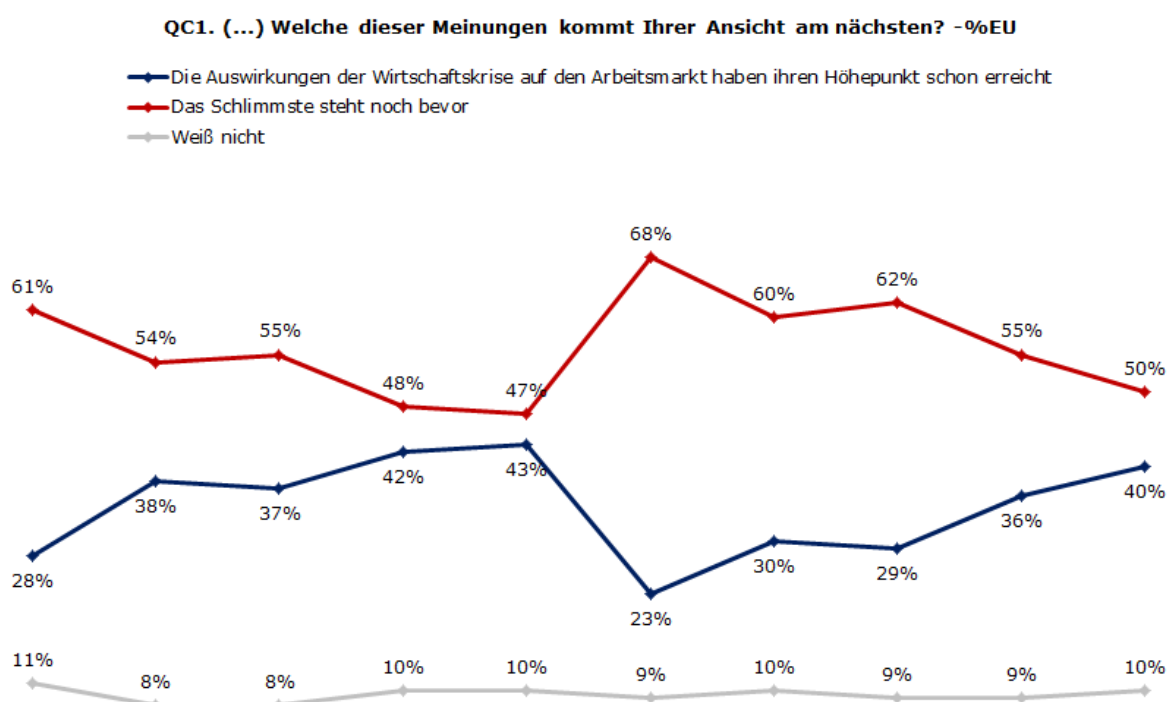
In 21 Mitgliedstaaten befürwortet eine absolute Mehrheit der Befragten den Euro, wobei die höchste Zustimmung in Luxemburg (79%), Slowenien (78%), der Slowakei (78%), Estland (76%) und Finnland (75%) verzeichnet wird. Am anderen Ende der Meinungsskala lässt sich die höchste Ablehnung in Dänemark (65%), in der Tschechischen Republik (70%), in Schweden (74%) und im Vereinigten Königreich (74%) beobachten. Zypern ist das einzige Mitglied der Eurozone, in dem eine Mehrheit der Befragten sich gegen den Euro ausspricht (52% dagegen gegenüber 44% dafür). Die Unterstützung der Einheitswährung hat in Lettland, das im Januar 2014 der Eurozone beitreten wird, am deutlichsten zugenommen (53%, +10 gegenüber 40%, -11): inzwischen befürwortet somit eine Mehrheit der öffentlichen Meinung in Lettland die Einheitswährung.

Der Euro hat innerhalb der Eurozone (63%, +1 Prozentpunkt) und noch mehr außerhalb der Eurozone (34%, +5) an Zuspruch gewonnen. Die Differenz zwischen Eurozone und Nicht-Eurozone bleibt allerdings sehr groß (29 Prozentpunkte).



### 3. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND

Die Europäer sind zu den Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt mehr und mehr geteilter Meinung: die Hälfte denkt weiterhin, dass das Schlimmste noch bevorsteht, obwohl der Anteil dieser Gruppe seit dem Frühjahr 2013 gesunken ist (50%, -5 Prozentpunkte). Im Gegensatz dazu hat sich das Gefühl, dass der Höhepunkt dieser Auswirkungen schon erreicht ist, weiter verbreitet (40%, +4). Im Vergleich zum Standard-Eurobarometer vom Herbst 2011 (EB76) zeigen sich diese Entwicklungen noch deutlicher: -18 für „Das Schlimmste steht noch bevor“, +17 für „Die Auswirkungen (...) haben ihren Höhepunkt schon erreicht“.

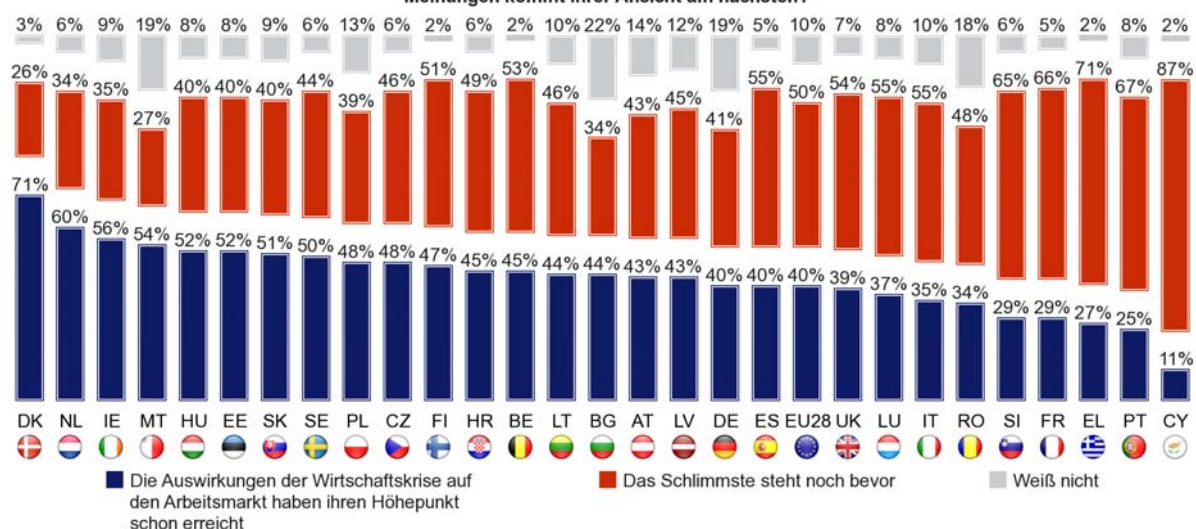


Mai-Juni 2009	Hbt. 2009	Fr. 2010	Hbt. 2010	Fr. 2011	Hbt. 2011	Fr. 2012	Hbt. 2012	Fr. 2013	Hbt. 2013
EB71.2	EB72	EB73	EB74	EB75	EB76	EB77	EB78	EB79	EB80

#### 4. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN

In 11 Mitgliedstaaten geht eine Mehrheit der Bevölkerung davon aus, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben (gestiegen von acht Ländern im Frühjahr 2013). Das höchste Ergebnis wird dabei in Dänemark erhoben, wo 71% diese Ansicht teilen. In 16 Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Befragten das Gefühl, dass das Schlimmste noch bevorsteht (gefallen von 19 im Frühjahr 2013). Angeführt wird diese Gruppe von Zypern (87%), Griechenland (71%), Portugal (67%), Frankreich (66%) und Slowenien (65%). Die öffentliche Meinung in Österreich ist in zwei gleich große Lager geteilt (43% gegenüber 43%).






























QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



Die Überzeugung, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben, hat in 20 Mitgliedstaaten an Anhängern gewonnen, wobei sich der deutlichste Zuwachs in Irland (56%, +16 seit Frühjahr 2013), in den Niederlanden (60%, +14) und in Polen (48%, +12) verzeichnen lässt. In diesen drei Mitgliedstaaten wird diese Meinung nun mehrheitlich vertreten, während noch im Frühjahr 2013 lediglich eine Minderheit dieser Ansicht war. Dies gilt auch für die Tschechische Republik und Schweden. Im Gegensatz dazu hat das Gefühl, dass das Schlimmste noch bevorsteht, in acht Ländern zugenommen: Litauen und Lettland gehören nun zur Gruppe der Länder, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung diese Meinung vertritt.



**QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?**

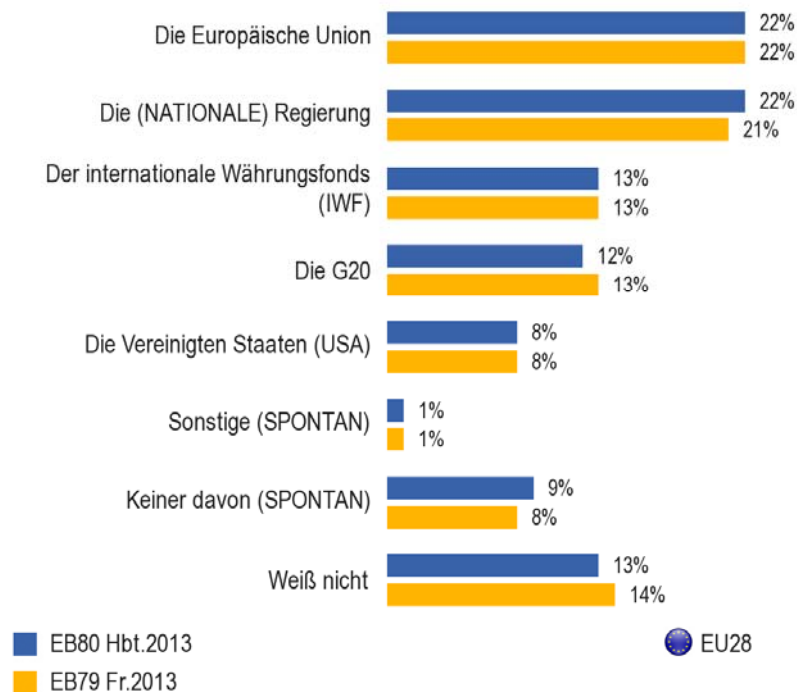
		Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Hbt.2013-Fr.2013	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Hbt.2013-Fr.2013	Weiß nicht	Unt. Hbt.2013-Fr.2013
	EU28	50%	<b>-5</b>	40%	<b>+4</b>	10%	<b>+1</b>
	EURO-ZONE	53%	<b>-5</b>	37%	<b>+4</b>	10%	<b>+1</b>
	NICHT EURO-ZONE	46%	<b>-4</b>	44%	<b>+4</b>	10%	=
	CY	87%	<b>+4</b>	11%	<b>-3</b>	2%	<b>-1</b>
	LT	46%	<b>+4</b>	44%	<b>-5</b>	10%	<b>+1</b>
	RO	48%	<b>+4</b>	34%	<b>-5</b>	18%	<b>+1</b>
	BG	34%	<b>+3</b>	44%	<b>-3</b>	22%	=
	EL	71%	<b>+3</b>	27%	<b>-3</b>	2%	=
	LV	45%	<b>+3</b>	43%	<b>-3</b>	12%	=
	IT	55%	<b>+1</b>	35%	<b>+1</b>	10%	<b>-2</b>
	AT	43%	<b>+1</b>	43%	<b>-1</b>	14%	=
	EE	40%	<b>-1</b>	52%	<b>-1</b>	8%	<b>+2</b>
	HU	40%	<b>-1</b>	52%	<b>+3</b>	8%	<b>-2</b>
	FR	66%	<b>-2</b>	29%	<b>+3</b>	5%	<b>-1</b>
	HR	49%	<b>-2</b>	45%	<b>+2</b>	6%	=
	UK	54%	<b>-3</b>	39%	<b>+2</b>	7%	<b>+1</b>
	FI	51%	<b>-5</b>	47%	<b>+6</b>	2%	<b>-1</b>
	LU	55%	<b>-6</b>	37%	<b>+2</b>	8%	<b>+4</b>
	SK	40%	<b>-6</b>	51%	<b>+5</b>	9%	<b>+1</b>
	BE	53%	<b>-7</b>	45%	<b>+7</b>	2%	=
	ES	55%	<b>-7</b>	40%	<b>+7</b>	5%	=
	MT	27%	<b>-7</b>	54%	<b>+5</b>	19%	<b>+2</b>
	DE	41%	<b>-8</b>	40%	<b>+6</b>	19%	<b>+2</b>
	PT	67%	<b>-8</b>	25%	<b>+6</b>	8%	<b>+2</b>
	SI	65%	<b>-8</b>	29%	<b>+6</b>	6%	<b>+2</b>
	SE	44%	<b>-9</b>	50%	<b>+8</b>	6%	<b>+1</b>
	DK	26%	<b>-10</b>	71%	<b>+11</b>	3%	<b>-1</b>
	CZ	46%	<b>-11</b>	48%	<b>+9</b>	6%	<b>+2</b>
	PL	39%	<b>-12</b>	48%	<b>+12</b>	13%	=
	IE	35%	<b>-16</b>	56%	<b>+16</b>	9%	=
	NL	34%	<b>-16</b>	60%	<b>+14</b>	6%	<b>+2</b>



## 5. AUF WELCHEM NIVEAU KANN DIE KRISE AM WIRKSAMSTEN BEKÄMPFT WERDEN?

Die Hierarchie der Akteure, die am besten in der Lage sind, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen, bleibt seit dem Frühjahr 2013 nahezu unverändert: die EU wird noch immer als in dieser Hinsicht am besten platziert betrachtet (22%, unverändert), teilt sich diesen ersten Platz nun aber mit der nationalen Regierung, deren Anteil leicht gestiegen ist (22%, +1). Der IWF belegt den dritten Platz (13%, unverändert), knapp vor den G20 (12%, -1).

**QC3a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?**



## V. EUROPA 2020

### 1. WICHTIGKEIT DER INITIATIVEN IM RAHMEN DER STRATEGIE EUROPA 2020

Alle sieben Initiativen der Strategie Europa 2020 werden von einer deutlichen Mehrheit der Europäer als wichtig betrachtet, wobei der Anteil der Mehrheiten sich zwischen 51% für die „Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU“ und 81% für die Initiative „Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben“ bewegt. Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2013 bewerten zudem insgesamt mehr Befragte die Initiativen als wichtig: während der Anteil derjenigen, die „wichtig“ antworteten, in der Zeit vom Herbst 2012 (EB78) bis Frühjahr 2013 (EB79) für die einzelnen Initiativen abnahm oder unverändert blieb, ist er derzeit bei sechs Initiativen gestiegen (wobei der Zuwachs sich zwischen +1 und +3 Prozentpunkten bewegt) und bei der siebten unverändert geblieben.

Fünf der Initiativen der Strategie Europa 2020 werden von mehr als sieben von zehn Europäern als wichtig wahrgenommen, wobei die höchste Bewertung auf die Initiative „Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben“ entfällt (81%, +3). Acht von zehn Europäern betrachten die „Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen“ als wichtig (80%, unverändert) und 75% glauben, dass die „Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt“ wichtig ist (+2). Etwa drei Viertel der Europäer bewerten auch die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten“ (73%, +3) und die „Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU“ (72%, +3) als wichtig.

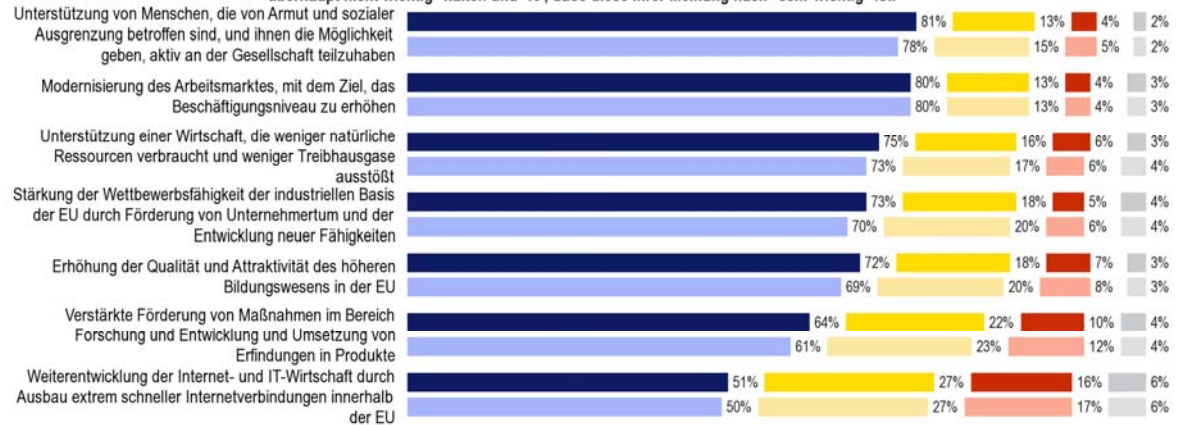
Fast zwei Drittel der Europäer glauben, dass die „verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte“ (64%, +3) wichtig ist, während – trotz eines leichten Anstiegs des Anteils derjenigen, die diese Initiative als wichtig bewerten – „die Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU“ auch weiterhin die Initiative ist, bei der die Europäer am ehesten geteilter Meinung sind (51% „wichtig“, +1, gegenüber 16% „nicht wichtig“, -1).

Im Vergleich zum Frühjahr 2010, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde (EB73)<sup>9</sup>, werden nun alle Initiativen als wichtiger eingestuft, wobei der Anstieg der Bewertungen als wichtig, sich für fünf der sieben Initiativen zwischen zwei und fünf Prozentpunkten bewegt.

---

<sup>9</sup> Die Europäische Kommission rief die Strategie Europa 2020 im März 2010 ins Leben, um die europäische Wirtschaft auf die wichtigsten Fragen und Herausforderungen des Jahrzehnts 2010 bis 2020 vorzubereiten. [http://ec.europa.eu/europe2020/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm)

QB1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.



EB80 Hbt.2013

EB79 Fr.2013

Gesamt 'Wichtig' (7-10)

Gesamt 'Mäßig wichtig' (5-6)

Gesamt 'Nicht wichtig' (1-4)

Weiß nicht

EU28

## 2. DIE ZIELE DER STRATEGIE EUROPA 2020

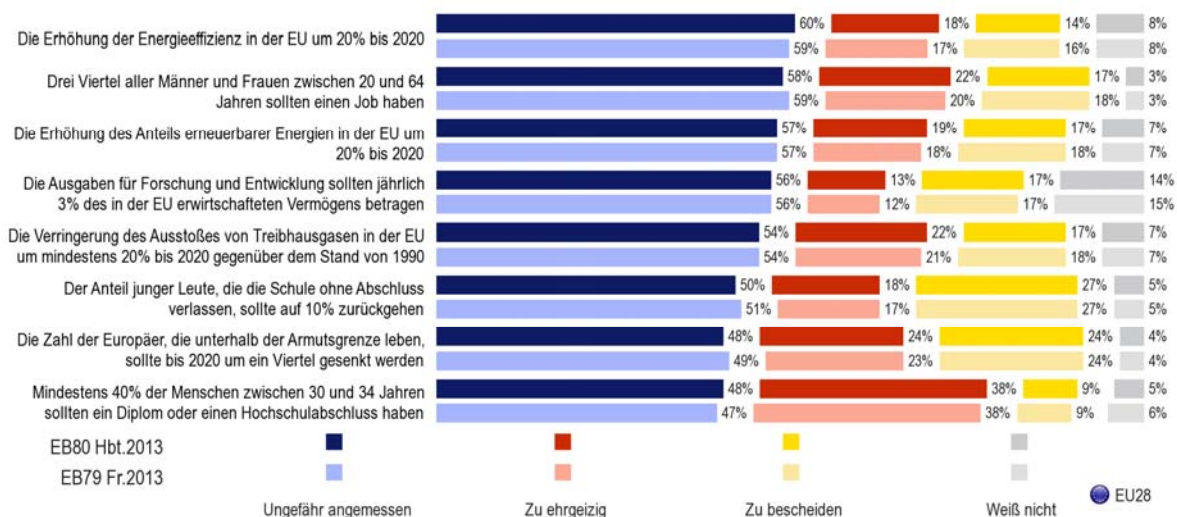
Die acht Ziele der Strategie Europa 2020 werden von einer Mehrheit der Europäer als „ungefähr angemessen“ betrachtet, wobei die Anteile dieser Meinung seit dem Frühjahr 2013 relativ stabil oder sogar unverändert geblieben sind.

Für sechs von zehn Europäern ist „die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20% bis 2020“ ein glaubwürdiges Ziel: 60% meinen, dieses Ziel sei „ungefähr angemessen“ (+1 seit Frühjahr 2013). 58% betrachten es als angemessen, dass 2020 „drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren einen Job haben sollten“, und 57% geben an, „die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020“ sei „ungefähr angemessen“ (unverändert). Die in der Bewertungsfolge nachgeordneten Ziele sind: „die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen“ (56%, unverändert) und „die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990“ (54%, unverändert).

Die Hälfte der Europäer betrachtet es als vernünftig, dass „der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, auf 10% zurückgehen sollte“ (50%, -1). Ein ähnlich hoher Anteil hält es für angemessen, dass „die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, bis 2020 um ein Viertel sinken sollte“ (48%, -1), und „mindestens 40% der Menschen zwischen 30 und 34 Jahren ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten“ (48%, +1).

Die langfristige Analyse zeigt, dass die Glaubwürdigkeit dieser verschiedenen Ziele seit dem Frühjahr 2010 in den Augen der Befragten entweder gleich geblieben ist (gilt für „die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20% bis 2020“, 60%, und für „die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen“, 56%), oder abgenommen hat (gilt für die sechs übrigen Ziele, wobei der Rückgang zwischen -1 und -5 Prozentpunkte beträgt).

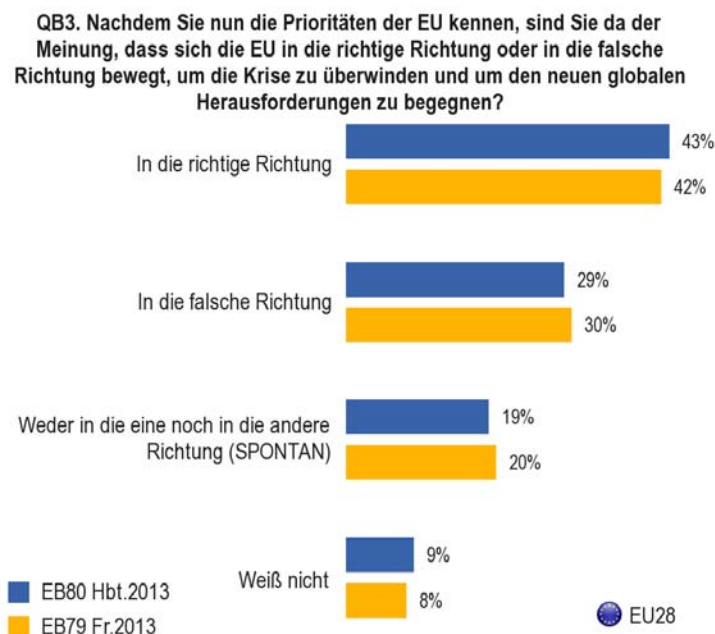
QB2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.



### 3. GESAMTEINDRUCK

Eine relative Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die Europäische Union sich „in die richtige Richtung“ bewegt, um die Krise zu überwinden und den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen (43%). Dieser Anteil hat seit dem Frühjahr 2013 leicht zugenommen (+1). Langfristig betrachtet hat die Antwort „in die richtige Richtung“ bei allen Standard-Eurobarometer-Befragungen seit Herbst 2011 langsam, aber kontinuierlich an Zustimmung gewonnen (Anstieg von 38% auf 43%). Etwa drei von zehn Europäern sind der Auffassung, die EU bewege sich „in die falsche Richtung“ (29%, -1). Etwas weniger als einer von fünf Europäern antwortet *spontan* „weder in die eine noch in die andere Richtung“ (19%, -1).

Innerhalb der Eurozone ist eine relative Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die EU sich in die richtige Richtung bewegt (38%, +1, gegenüber 33%, +1). Außerhalb der Eurozone ist diese Meinung noch weiter verbreitet und wird von einer absoluten Mehrheit vertreten (51%, +1 gegenüber 24%, -2).

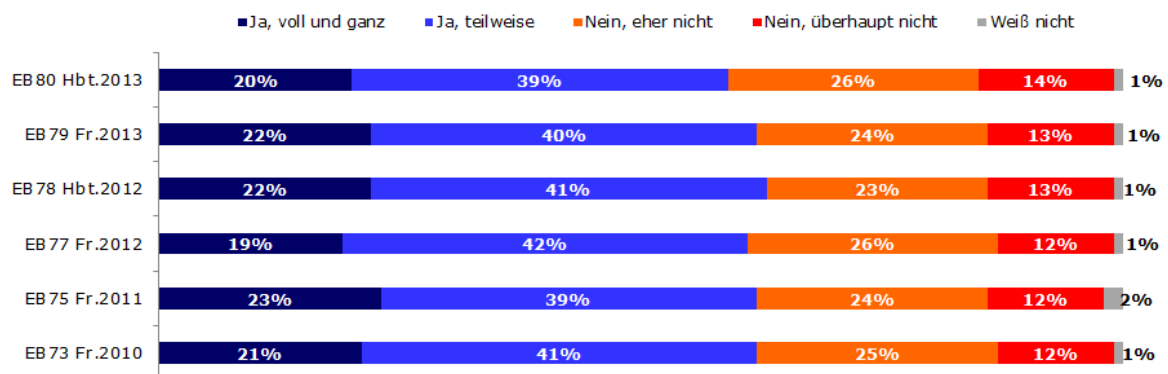


## VI. DIE EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT

### 1. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: TREND

Fast sechs von zehn Europäern fühlen sich als Bürger der EU (59%, -3 seit dem Frühjahr 2013). Vier von zehn Befragten fühlen sich hingegen nicht als Bürger der Europäischen Union (40%, +3). Der Rückgang um drei Prozentpunkte beim Gefühl, Bürger der EU zu sein, und der gleichzeitige Anstieg der gegenteiligen Auffassung um 3 Prozentpunkte ist die deutlichste Veränderung, die seit dem Frühjahr 2010 (EB73) in dieser Frage verzeichnet wurde.

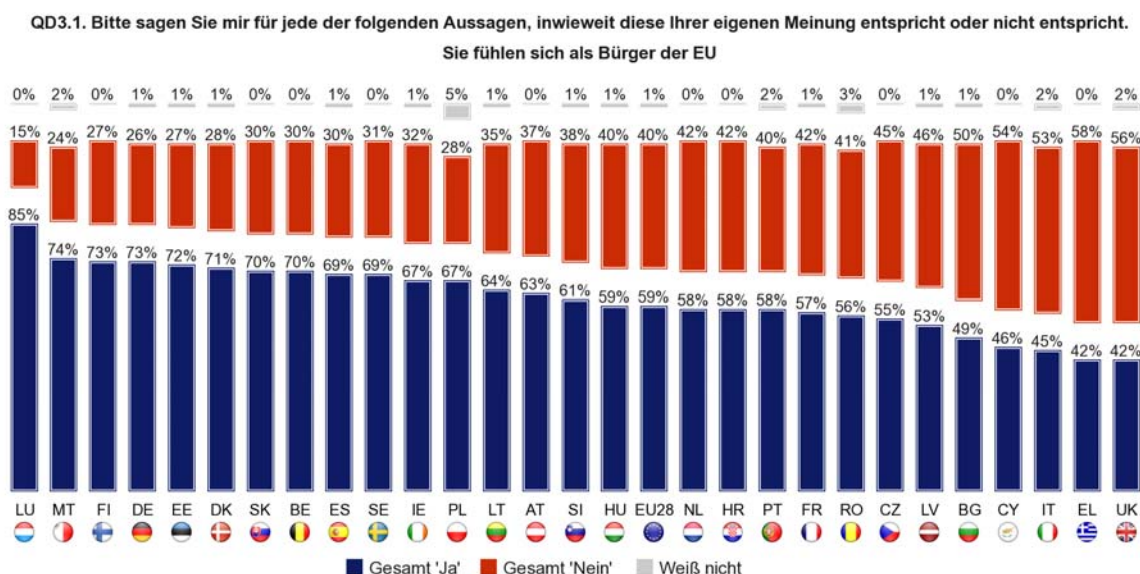
**QD3.1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.  
Sie fühlen sich als Bürger der EU - %EU**



## 2. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: NATIONALE ERGEBNISSE

In 23 EU-Mitgliedstaaten hat eine deutliche Mehrheit der Befragten das Gefühl, Bürger der EU zu sein. Die höchsten Anteile werden dabei in Luxemburg (85%), auf Malta (74%), in Deutschland (73%) und in Finnland (73%) erreicht. Ausgenommen hiervon sind Griechenland (42%), das Vereinigte Königreich (42%), Italien (45%), Zypern (46%) und Bulgarien, wo die öffentliche Meinung in zwei fast gleich große Lager gespalten ist (49% gegenüber 50%, die nicht das Gefühl haben, Bürger der EU zu sein). Nach einem Rückgang um 7 Prozentpunkte gehört Italien nun zu der Gruppe von Ländern, in der die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht als Bürger der EU fühlt.

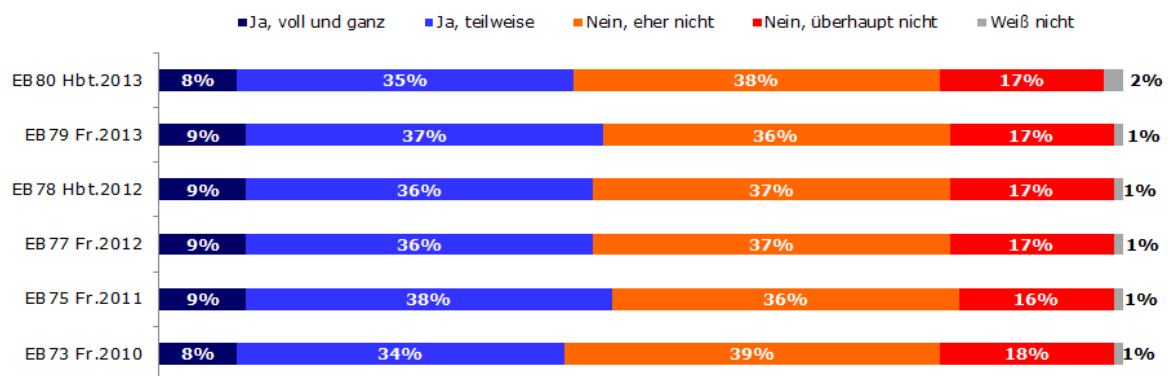
Das Gefühl, Bürger der EU zu sein, ist auch weiterhin in der Eurozone (62%) stärker verbreitet als außerhalb (54%), hat jedoch in beiden Gebieten abgenommen (-2 bzw. -3 Prozentpunkte).



### 3. KENNTNIS DER RECHTE: TRENDS

Eine beachtlich große Minderheit der Europäer gibt an, dass sie ihre Rechte als Bürger der EU kennt (43%, -3 seit dem Frühjahr 2013). Allerdings erklärt eine absolute Mehrheit der Europäer weiterhin, diese Rechte nicht zu kennen (55%, +2). Während der Anteil der Europäer, die angeben, ihre Rechte als Bürger der EU zu kennen, sich in der Zeit vom Frühjahr 2011 (EB75) bis zum Frühjahr 2013 (EB79) zwischen 45% und 47% bewegte, nähert sich der derzeit erhobene Anteil eher dem Ergebnis vom Frühjahr 2010 (EB73), an, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde (42%), an.

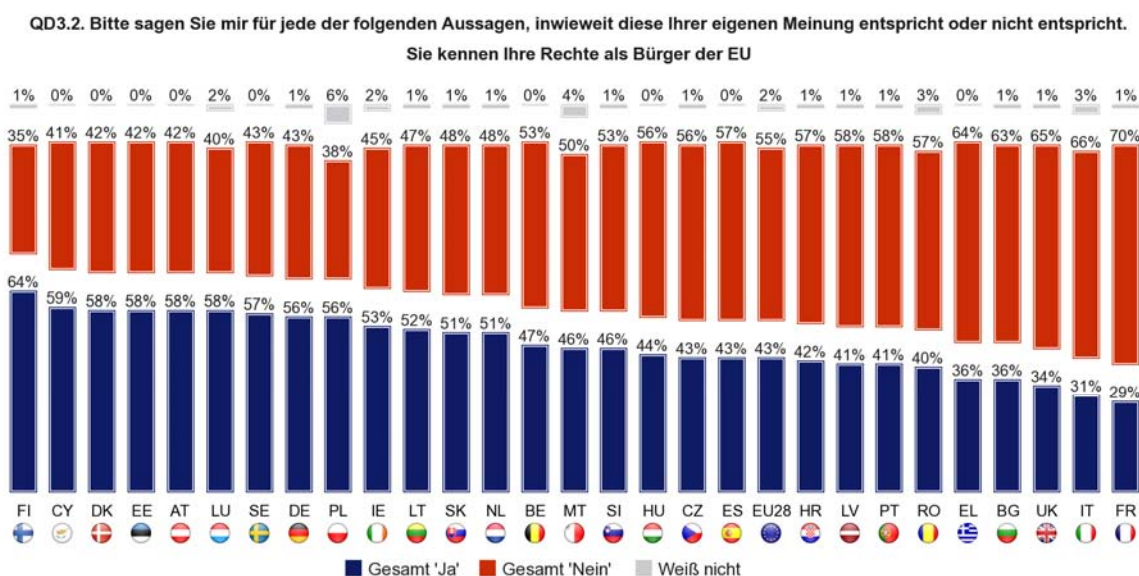
**QD3.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.  
Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU - %EU**





#### 4. KENNTNIS DER RECHTE: NATIONALE ERGEBNISSE

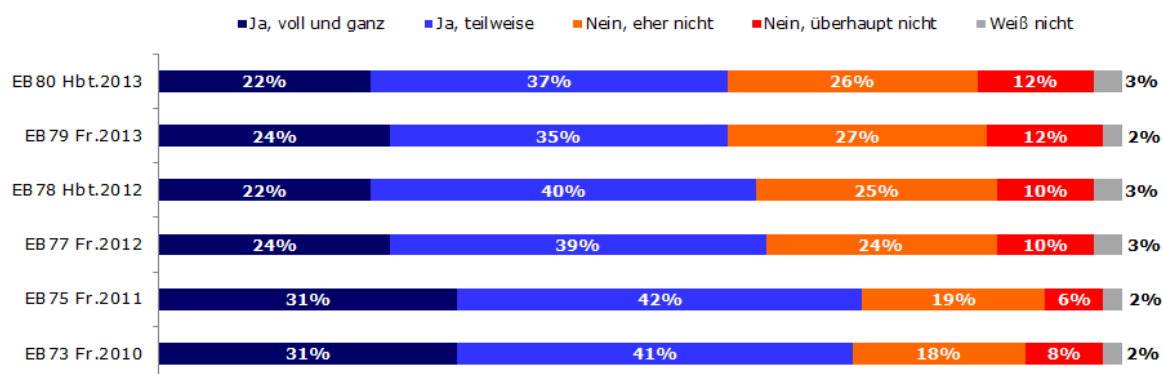
Die individuelle Kenntnis der Rechte als Bürger der EU ist in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgeprägt: in 13 Ländern gibt eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung an, ihre Rechte als Bürger der EU zu kennen (gesunken von 14 Ländern im Frühjahr 2013). Die höchsten Ergebnisse werden dabei in Finnland (64%), auf Zypern (59%) sowie in Luxemburg, Dänemark, Estland und Österreich verzeichnet (je 58%). In 15 Mitgliedstaaten ist lediglich eine Minderheit der Bürger überzeugt, dass sie ihre Rechte als Bürger der EU kennt. Die niedrigsten Werte ergeben sich dabei in Frankreich (29%), in Italien (31%) und im Vereinigten Königreich (34%).



## 5. INFORMATION ÜBER DIE RECHTE DER EU-BÜRGER: TRENDS

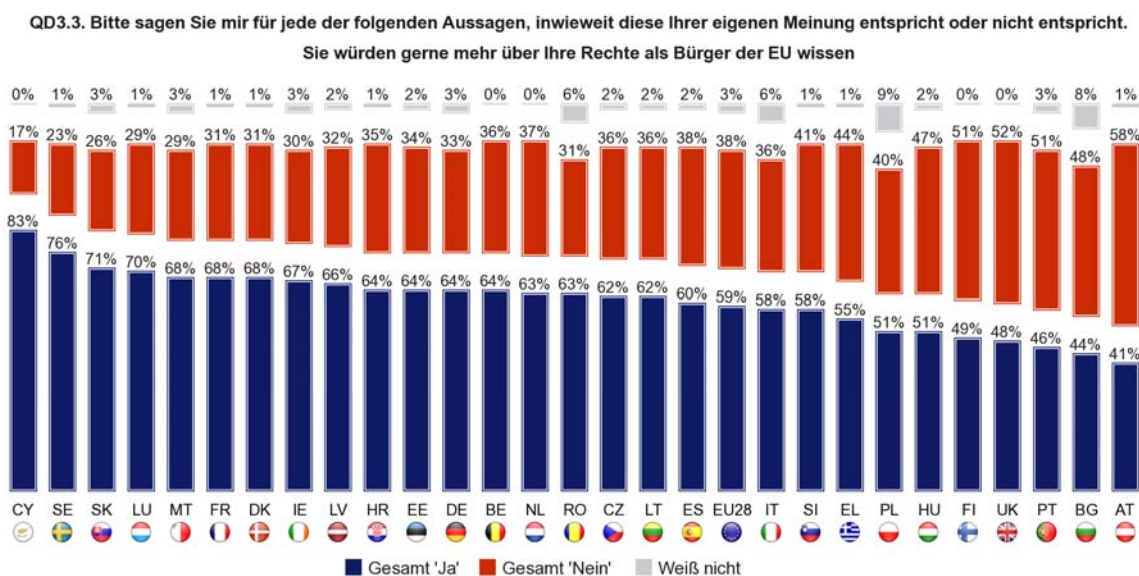
Eine deutliche Mehrheit der EU-Bürger würde gerne mehr über ihre Rechte als Bürger der EU wissen (59%). Während dieser Anteil seit dem Frühjahr 2010 fast kontinuierlich gesunken ist (von 72% auf 59% im Frühjahr 2013), zeigt er sich aktuell im Vergleich zum Frühjahr 2013 unverändert. Nahezu vier von zehn Europäern geben an, dass sie kein Interesse daran haben, mehr über ihre Rechte als Bürger der EU zu erfahren (38%, -1 im Vergleich zum Frühjahr 2013).

**QD3.3 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.**  
**Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen - %EU**



## 6. INFORMATIONEN ÜBER DIE RECHTE DER EU-BÜRGER: NATIONALE ERGEBNISSE

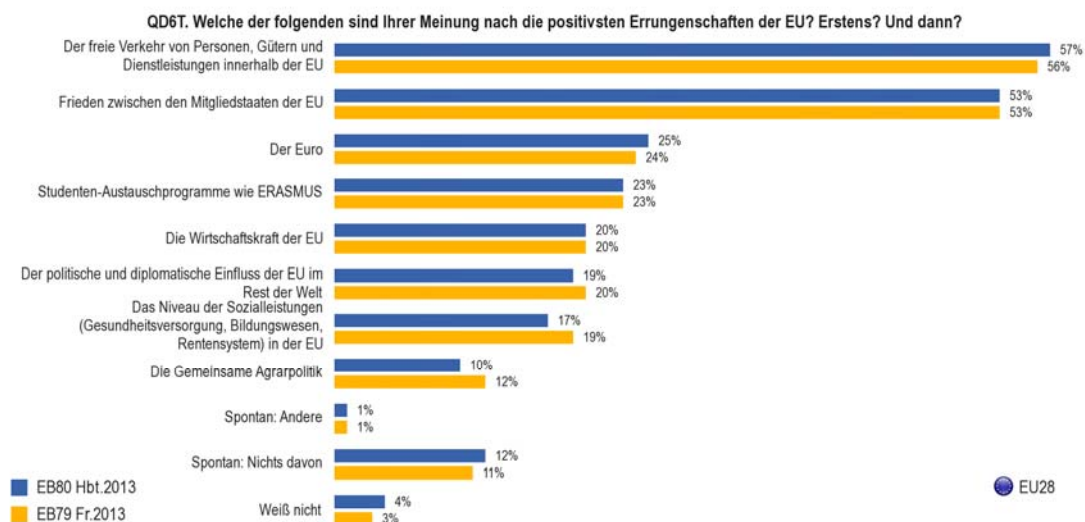
In einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten würde die Bevölkerung gerne mehr über ihre Rechte als EU-Bürger wissen. Dies trifft auf insgesamt 23 Länder zu, wobei sich die höchste Zustimmung auf Zypern (83%) und in Schweden (76%) und somit in zwei Ländern ergibt, die sich derzeit in sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen befinden. In fünf EU-Mitgliedstaaten möchte lediglich eine Minderheit mehr über ihre Rechte als Bürger der EU wissen, nämlich in Österreich (41%), in Bulgarien (44%), in Portugal (46%), im Vereinigten Königreich (48%) und in Finnland (49%).



## 7. DIE POSITIVSTEN ERRUNGENSCHAFTEN DER EU

Die Rangfolge der positivsten Errungenschaften der EU ist seit dem Frühjahr 2013 beinahe unverändert geblieben. Zwei Items werden von mehr als der Hälfte der Europäer genannt und beherrschen somit konkurrenzlos das Bild: „der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU“ (57%, +1) und „Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU“ (53%, unverändert).

Eine zweite Gruppe wird von drei Items gebildet, die zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Europäer auf sich vereinen können: „der Euro“ (25%, +1), „Studenten-Austauschprogramme wie ERASMUS“ (23%, unverändert) und „die Wirtschaftskraft der EU“ (20%, unverändert). Es folgt in geringem Abstand „der politische und diplomatische Einfluss der EU im Rest der Welt“ (19%, -1). Das Absinken des Anteils der Errungenschaft „das Niveau der Sozialleistungen (Gesundheitsversorgung, Bildungswesen, Rentensystem) in der EU“ (17%, -2) um zwei Prozentpunkte stellt die seit Frühjahr 2013 größte Veränderung der Ergebnisse zu dieser Frage dar. Das Ergebnis für das Item „die Gemeinsame Agrarpolitik“ fällt ebenfalls um zwei Prozentpunkte (10%, -2); dieses Item bleibt somit auf dem letzten Platz der Rangfolge. Ein nicht unerheblicher Anteil der Europäer gibt auf die Frage nach den positivsten Errungenschaften der EU *spontan* die Antwort „Nichts davon“ (12%, +1).



## SCHLUSSFOLGERUNG

Die Ergebnisse dieser im November 2013 (EB80) durchgeführten Standard-Eurobarometer-Befragung zeigen, dass der für die Haltung der Europäer gegenüber der EU und ihren Institutionen charakteristische Negativtrend gestoppt werden konnte. Obwohl die betreffenden Indikatoren auf einem niedrigen Niveau bleiben, sind sie entweder stabil (Vertrauen in die EU) oder zeigen leicht (Bild der EU) bzw. deutlich (Zukunft der EU) steigende Werte.

Die Wirtschaft ist auch weiterhin die vorherrschende Sorge der Europäer, und zwar sowohl im persönlichen als auch im nationalen und europäischen Kontext. Allerdings bestätigt sich der bei der vorigen Befragung im Frühjahr 2013 (EB79) festgestellte Trend: Sorgen im Zusammenhang mit der Wirtschaft werden weniger häufig genannt. Dies gilt auch für das Thema Arbeitslosigkeit, dessen Anteil zwischen Herbst 2012 und Frühjahr 2013 gestiegen war. Soziale Themen bleiben zwar weiterhin hinter den Ergebnissen der Wirtschaftsthemen zurück, gewinnen aber an Wichtigkeit. Dies gilt besonders für die Einwanderung als gesamteuropäisches Problem, deren Anteil aktuell um weitere sechs Prozentpunkte steigt, nachdem er zwischen Herbst 2012 und Frühjahr 2013 bereits um zwei Prozentpunkte zugenommen hatte.

Die Europäer bewerten die aktuelle wirtschaftliche Lage auf nationaler und europäischer Ebene weiterhin als schlecht. Seit dem Frühjahr 2013 zeigen sich jedoch deutliche positive Entwicklungen zu dieser Einschätzung. Der Abstand zwischen den Bewertungen in den einzelnen Ländern vergrößert sich seit dem Frühjahr 2013, womit sich der zwischen Herbst 2012 und Frühjahr 2013 beobachtete Trend fortsetzt: Mehr als 80 Prozentpunkte trennen inzwischen die Länder mit der positivsten und die Länder mit der negativsten Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Lage. Bei den Erwartungen an die Wirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene lässt sich ebenfalls ein leicht positiver Trend beobachten, obwohl eine Mehrheit der Europäer unverändert davon ausgeht, dass die Lage auf nationaler und europäischer Ebene in naher Zukunft gleich bleiben wird.

Auch die Befürwortung des Euro zeigt sich nahezu unverändert: mehr als die Hälfte der Europäer spricht sich für den Euro aus (52%, +1). Auch weiterhin fällt die Unterstützung des Euro innerhalb (63%, +1) und außerhalb der Eurozone (34%, +5) sehr unterschiedlich aus. Die Hälfte der Europäer geht davon aus, dass die schlimmsten Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt noch bevorstehen. Der Abstand zu denjenigen, die im Gegensatz dazu der Auffassung sind, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben, hat sich jedoch weiter verringert: derzeit liegen 10 Prozentpunkte zwischen den beiden Gruppen. Im Herbst 2011 (EB76) waren es noch 45 Prozentpunkte. Die Europäische Union gilt unverändert als der Akteur, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen. Sie teilt sich diese Position nun aber mit der nationalen Regierung.

Alle sieben Initiativen der Strategie Europa 2020 werden von einer absoluten Mehrheit der Europäer als wichtig betrachtet, wobei ihre Wichtigkeit im Vergleich zum Frühjahr höher eingeschätzt wird (sechs Initiativen) oder gleich hoch bleibt (eine Initiative).

Eine wachsende relative Mehrheit der Europäer denkt zudem, dass sich die EU in die richtige Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und den neuen Herausforderungen zu begegnen.

Noch immer fühlt sich eine absolute Mehrheit der Europäer als Bürger der EU, ihr Anteil hat jedoch seit dem Frühjahr 2013 abgenommen. Mehr als vier von zehn Europäern kennen ihre Rechte als EU-Bürger. Allerdings ist auch dieser Anteil seit dem Frühjahr 2013 zurückgegangen. Die Rangfolge der aus Sicht der Europäer positivsten Errungenschaften der EU erweist sich als nahezu unverändert: der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU und der Frieden zwischen den Mitgliedstaaten bleiben bei weitem die als am positivsten wahrgenommenen Errungenschaften der EU.

## STANDARD EUROBAROMETER 80

### Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 2. und dem 17. November 2013, hat TNS opinion & social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragerunde 80.1 durchgeführt.

Die EUROBAROMETER-Umfragerunde 80.1 ist die STANDARD EUROBAROMETER 80 Umfrage und deckt die Gruppe der mindestens 15-jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben.

Die STANDARD EUROBAROMETER 80 Umfrage wurde außerdem in den fünf Bewerberländern (Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind unten angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme (auf dem 95% Konfidenzniveau)											
<i>Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen</i>						<i>beobachteten Ergebnisse sind in: verschiedenen Spalten</i>					
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	



ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU28
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.063	2/11/13	17/11/13	8.939.546	2,16%
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.027	2/11/13	11/11/13	6.537.510	1,58%
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.000	2/11/13	13/11/13	9.012.443	2,18%
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.001	2/11/13	17/11/13	4.561.264	1,10%
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.543	2/11/13	17/11/13	64.336.389	15,57%
EE	Estland	TNS Emor	1.004	2/11/13	17/11/13	945.733	0,23%
IE	Irland	IMS Millward Brown	1.004	3/11/13	17/11/13	3.522.000	0,85%
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	2/11/13	16/11/13	8.693.566	2,10%
ES	Spanien	TNS Spain	1.012	2/11/13	17/11/13	39.127.930	9,47%
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.027	2/11/13	17/11/13	47.756.439	11,56%
HR	Kroatien	Puls	1.000	2/11/13	16/11/13	3.749.400	0,91%
IT	Italien	TNS Italia	1.000	2/11/13	14/11/13	51.862.391	12,55%
CY	Zypern	Synovate	503	2/11/13	17/11/13	838.897	0,20%
LV	Lettland	TNS Latvia	1.007	2/11/13	17/11/13	1.447.866	0,35%
LT	Litauen	TNS LT	1.030	2/11/13	17/11/13	2.829.740	0,69%
LU	Luxemburg	TNS ILReS	508	2/11/13	12/11/13	434.878	0,11%
HU	Ungarn	TNS Hoffmann	1.000	2/11/13	17/11/13	8.320.614	2,01%
MT	Malta	MISCO	500	2/11/13	17/11/13	335.476	0,08%
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.019	2/11/13	17/11/13	13.371.980	3,24%
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.032	2/11/13	17/11/13	7.009.827	1,70%
PL	Polen	TNS Polska	1.000	2/11/13	17/11/13	32.413.735	7,85%
PT	Portugal	TNS Portugal	1.047	2/11/13	17/11/13	8.414.215	2,04%
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.069	2/11/13	12/11/13	18.246.731	4,42%
SI	Slowenien	RM PLUS	1.086	3/11/13	17/11/13	1.759.701	0,43%
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.000	2/11/13	17/11/13	4.549.955	1,10%
FI	Finnland	TNS Gallup	1.002	2/11/13	17/11/13	4.440.004	1,07%
SE	Schweden	TNS Sifo	1.019	2/11/13	17/11/13	7.791.240	1,89%
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.326	2/11/13	17/11/13	51.848.010	12,55%
<b>GESAMT EU28</b>			<b>27.829</b>	<b>2/11/13</b>	<b>17/11/13</b>	<b>413.097.480</b>	<b>100%*</b>
<b>CY(tcc)</b>	Türkisch-zyprische Gem.	Kadem	500	2/11/13	17/11/13	143.226	
<b>TR</b>	Türkei	TNS PIAR	1.001	2/11/13	17/11/13	54.844.406	
<b>MK</b>	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.048	2/11/13	8/11/13	1.678.404	
<b>IS</b>	Island	Capacent	500	2/11/13	17/11/13	252.277	
<b>ME</b>	Montenegro	TNS Medium Gallup	499	2/11/13	17/11/13	492.265	
<b>RS</b>	Serbien	TNS Medium Gallup	1.034	2/11/13	17/11/13	6.409.693	
<b>GESAMT</b>			<b>32.411</b>	<b>2/11/13</b>	<b>17/11/13</b>	<b>476.917.751</b>	

\* Es ist zu beachten, dass die in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentzahl durch Rundung 100% übersteigen können